

Grundsatz- dokumente

von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation

GRUNDSATZPOSITIONEN

Seite 02

THESEN ZUR GEWERKSCHAFTSARBEIT

Seite 07

THESEN ZUR VIERTEN INTERNATIONALE

Seite 11

ZUR „FÜNFTEN INTERNATIONALE“ VON CHÁVEZ

Seite 17

THESEN ZU REVOLUTIONÄREN JUGENDORGANISATIONEN

Seite 18

THESEN ZU ANTIIMPERIALISMUS

Seite 20

ZUM DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS

Seite 23

Grundsatzpositionen

Einleitung

Irgendwas auf dieser Welt läuft falsch.

Fast eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, aber gleichzeitig werden 13.000 Golfplätze das ganze Jahr grün gehalten. Multinationale Konzerne melden milliardenschwere Gewinne, aber gleichzeitig müssen ihre ArbeiterInnen immer mehr arbeiten, ohne entsprechende Lohnerhöhungen, während ihre Rechte und Jobsicherheit bedroht werden. Es wird immer mehr produziert, aber immer weniger Menschen profitieren davon.

Diese Probleme sind Produkte des Systems, in dem wir leben: des Kapitalismus.

Wir von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION sehen, dass der Kapitalismus – und alle Probleme, die er verursacht – gestürzt und durch eine andere Gesellschaftsform ersetzt werden muss: eine sozialistische Gesellschaft, die nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach Profiten richtet. Unterdrückung hat eine lange Tradition, aber heutzutage existieren die technologischen Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen ein angenehmes Leben führen können.

In der kapitalistischen Gesellschaft kommt es immer wieder zu Protesten: Millionen Menschen gehen auf die Straße gegen Angriffskriege, sie machen Aufstände gegen Hunger, sie streiken für bessere Arbeitsbedingungen. Aber diesen Protesten fehlt eine Strategie, um das Problem an der Wurzel zu packen und die Gesellschaft radikal zu verändern. Dieses Programm ist eine Strategie, die wir allen Jugendlichen vorschlagen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.

Wir nehmen die Forderungen der Kämpfe im „Hier und Jetzt“ auf und verbinden sie mit der Perspektive einer gesellschaftlichen Umwälzung. In jedem Kampf sollen Forderungen erhoben und Strukturen geschaffen werden, die die Massen in die politische Auseinandersetzung hineinziehen, Verbindungen zu anderen Kämpfen herstellen und den Rahmen des Kapitalismus in Frage stellen. Auf diese Art können wir eine Brücke bauen: zwischen den Kämpfen von heute gegen die Auswirkungen des Kapitalismus und dem revolutionären Kampf gegen das System selbst.

Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir haben Ideen, die sich auf eine wissenschaftliche Untersuchung der Gesellschaft und die 200jährige Erfahrung der Arbeiterbewegung stützen. Aber diese Ideen müssen durch politische Debatte und Erfahrungen im Klassenkampf entwickelt werden. Deswegen werden wir an diesem Programm ständig weiterarbeiten, durch

Diskussionen innerhalb von unserer Organisation aber auch mit anderen RevolutionärInnen. Dein Beitrag ist auch wichtig!

Wenn du mit den Ideen in diesem Programm übereinstimmst, wenn du dieses Programm zur Realität machen willst, organisiere dich! Mach mit bei der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION!

Kapitalismus

Wir leben im Kapitalismus. Doch was bedeutet das? Für eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung bedeutet Kapitalismus die Freiheit zu investieren, wo und wie sie will, und milliardenschwere Profite abzugreifen. Für die Mehrheit der Menschen bedeutet Kapitalismus Ausbeutung, Unterdrückung, Hunger und Krieg. Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, d.h. die Menschen sind je nach Funktion, die sie im globalen Wirtschaftskreislauf einnehmen, bestimmten Klassen zugehörig. Im Kapitalismus stehen sich grundsätzlich zwei große Klassen gegenüber: KapitalistInnen und ArbeiterInnen. KapitalistInnen sind jene, die Geld verdienen können, indem sie andere für sich arbeiten lassen, denn sie besitzen die Produktionsmittel. Die ArbeiterInnen sind diejenigen, die eben keine Produktionsmittel besitzen und deswegen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Der Reichtum der KapitalistInnen wird von ArbeiterInnen geschaffen, nicht von ManagerInnen oder sonstwem. Doch die ArbeiterInnen erhalten nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Wertes in Form von Löhnen. Diese Art der Bereicherung heißt Ausbeutung. Ausbeutung ist deshalb nicht eine besonders schreckliche Erscheinung des Kapitalismus, sondern die Grundlage des Systems selbst. Das Handeln der KapitalistInnen wird nicht dadurch bestimmt, dass sie „unmoralische“ Menschen sind. Vielmehr müssen sie ihr Kapital ständig vermehren, denn durch das Konkurrenzsystem sind sie gezwungen, immer höhere Summen zu investieren, damit sie nicht von ihren KonkurrentInnen übernommen werden. Diese Form der Produktion führt immer wieder zu Krisen. Im Kapitalismus stehen nicht die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum, sondern einzig die Profitmaximierung.

Um wachsen zu können, ist dem Kapital jedes Mittel recht. Um an mehr Arbeitskräfte heranzukommen, werden Menschen aus ihrem bäuerlichen Lebensstil gerissen und in die Slums rund um die Großstädte gepfercht, um dort als TagelöhnerInnen zu schuften. So schafft der Kapitalismus seinen Totengräber: die globale ArbeiterInnenklasse. Der Kapitalismus ist ein weltweites, alles durchdringendes System. Alles und

alle müssen sich den Wachstumsbedürfnissen des Kapitals unterordnen. Nur ein globaler und demokratischer Wirtschaftsplan, welcher eine gerechte Verteilung und eine nachhaltige Produktion regelt, kann dieses Chaos beenden.

- Der Kapitalismus muss auf revolutionärem Weg zerschlagen werden! Die Macht des Kapitals und der KapitalistInnen kann nur durch den Klassenkampf der ArbeiterInnen und anderer unterdrückten Klassen gebrochen werden!

- Die ArbeiterInnen müssen die Produktionsmittel übernehmen und in gesellschaftliches Eigentum verwandeln!

- Für eine demokratisch geplante Wirtschaft, welche sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet!

- Eine klassenlose Gesellschaft muss aufgebaut werden – das Ziel heißt Kommunismus!

Der Staat

Der Staat ist kein unabhängiges, über den Menschen stehendes Ding. Er ist immer das Ausführungs- und Unterdrückungsorgan der herrschenden Klasse – der Staat im Kapitalismus ist also der Staat der KapitalistInnen. In bestimmten Situationen kann der Staat gegen die Interessen einzelner KapitalistInnen vorgehen, aber er funktioniert immer im Interesse der KapitalistInnenklasse in ihrer Gesamtheit. Die Herrschenden brauchen den Staat, um die Verhältnisse, aus denen sie ihre Macht und ihren Reichtum gewinnen, zu sichern. Dazu muss der Staat verschiedene Dinge regeln. Zum Ersten muss er eine rechtliche Grundlage schaffen, damit kapitalistische Ausbeutung überhaupt „legal“ wird, d.h. das Privateigentum rechtlich und mit Gewalt zu schützen. In jedem Staat nimmt diese Sicherung des Privateigentums einen Großteil des Rechts- und Verwaltungswesens ein. Die bewaffneten Teile des Staates wie Polizei, Armee und Geheimdienste arbeiten vor allem daran, kapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu schützen und Widerstand gegen die herrschende Ordnung zu zerschlagen. Auch wenn Regierungen kommen und gehen – meist bleiben die Militärs, PolizistInnen und BeamtenInnen die gleichen.

Die Eigentumsverhältnisse werden aber nicht nur durch Unterdrückung und Waffengewalt aufrechterhalten. Der kapitalistische Staat hat auch die Aufgabe, soziale Konflikte klein zu halten. Er muss auch dafür sorgen, dass ArbeiterInnen, welche das System momentan nicht benötigt, nicht allzu sehr verelenden – denn diese Leute könnten vielleicht später doch noch gebraucht werden, und als Arbeitslose drücken sie

die Löhne der (noch) Beschäftigten. Damit auch Menschen ohne Job auch am Leben bleiben, gibt es Altersversicherungen und Arbeitslosenkassen. Über Schulen, Unis und sonstige Ausbildungsstätten kann der Staat eine allgemeine Erziehung an den Menschen vornehmen, welche den Bedürfnissen des Kapitals entspricht. Ausbildung im Kapitalismus ist die Heranbildung von unterwürfigen Arbeitskräften.

Die bevorzugte Staatsform für das Kapital ist die parlamentarische Demokratie. Sie gibt vor, allen ein angemessenes Mitsprache- und Entscheidungsrecht zu geben. Doch in Wirklichkeit liegt die Macht bei den Reichen. Diese „Demokratie“ hat nur den einen Sinn: den kapitalistischen Verhältnissen ein schönes Gesicht zu verpassen. Doch es kann im Verlaufe von Klassenauseinandersetzungen und Krisen immer wieder dazu kommen, dass der bürgerliche Staat diese nette Maske ablegt und seine hässliche Fratze offenbart: Militarismus, Diktatur und Faschismus sind der Rettungsanker des Kapitalismus in der Krise.

- Nein zur kapitalistischen Schein„demokratie“! Kein Vertrauen in die Institutionen des Kapitals!
- Zerschlagung des bürgerlichen Staates (vor allem Armee, Polizei, Geheimdienste und staatliche Bürokratie) und Ersetzung durch die Selbstverwaltung der Bevölkerung!
- Ersetzung des bürgerlichen Parlamentarismus durch ein System von Arbeiterräten mit direkt gewählten VertreterInnen! Diese sollen einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen und durch ihre WählerInnen abwählbar sein!

Krieg und Imperialismus

Hunderttausende Menschen sterben jedes Jahr in Kriegen, welche niemandem außer einer verschwindend kleinen Schicht von KapitalistInnen nützen. Krieg ist ein direktes Produkt des kapitalistischen Systems. Es wird immer schwieriger für die KapitalistInnen, Profite zu erwirtschaften, da die Märkte zunehmend gesättigt sind und neue Absatzmärkte kaum noch zu erschließen sind. Der Konkurrenzkampf zwischen den KapitalistInnen verschiedener Länder nimmt zu, und immer wieder nimmt dieser Kampf die Form eines Krieges an. Um ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten und die Versorgung der eigenen Industrie mit Rohstoffen zu gewährleisten, müssen einige Großmächte den gesamten Erdball wirtschaftlich und militärisch beherrschen. So sind die USA 2003 in den Irak einmarschiert, um das Öl dort zu sichern, was einer Million Menschen das Leben gekostet hat. Diese Vorherrschaft von wenigen reichen Ländern heißt Imperialismus.

Oftmals werden ganze Volksgruppen direkt oder indirekt von anderen Volksgrup-

pen und Staaten unterdrückt bzw. ihre Länder werden militärisch besetzt. Beispiele für solche unterdrückten Volksgruppen sind die KurdInnen, die BaskInnen, die PalästinenserInnen, die IrakerInnen, die TamillInnen, Indigene usw. Wir haben kein Interesse am Entstehen neuer kapitalistischer Staaten, aber es ist für die Unterdrückten besonders schwierig, sich aus den doppelten Ketten von Kapitalismus und imperialistischer Besatzung zu lösen. Deshalb erkennen wir das Recht unterdrückter Volksgruppen auf Selbstbestimmung an, als Schritt zur Befreiung der ganzen Menschheit. Wir unterstützen alle Bewegungen gegen Besatzung, auch wenn wir ihre Politik kritisieren oder ablehnen. Nationale Unabhängigkeit alleine wird den Massen in den unterdrückten Ländern nicht helfen – nur der Sozialismus kann die Armut und die wirtschaftliche Abhängigkeit dauerhaft beseitigen. Dafür muss die ArbeiterInnenklasse in den unterdrückten Ländern eine führende Rolle im Kampf gegen Besatzung spielen.

Wenn mehrere imperialistische Mächte Krieg führen, schadet das vor allem den ArbeiterInnen. Sie werden nicht nur als SoldatInnen in den Krieg geworfen, sondern müssen auch die Anstrengungen und Strapazen der Kriegswirtschaft erdulden. Junge ArbeiterInnen werden besonders aufgefordert, ihre Leben für „das Wohl der Nation“ zu opfern. Die ArbeiterInnenklasse hat kein Interesse am Krieg gegen ihre Klassengeschwistern in anderen Ländern, und deswegen kann sie in einem Konflikt zwischen imperialistischen Mächten niemals Partei ergreifen.

- Internationale Solidarität unter den ArbeiterInnen! Für Demonstrationen, Blockaden und Streiks gegen imperialistische Kriege!
- Gegen die Rekrutierung für die imperialistischen Armeen! Für das Recht der jungen SoldatInnen, sich selbst zu organisieren!
- Anerkennung des Rechts unterdrückter Völker auf Selbstbestimmung, bis hin zum Recht auf staatliche Unabhängigkeit!
- Streichung aller „Schulden“ der dritten Welt! Für die sofortige Abschaffung von IWF, Weltbank, WTO und anderen Instrumenten der Konzernherrschaft auf der ganzen Welt!
- Den Kriegen der KapitalistInnen einen revolutionären Krieg gegen den Kapitalismus entgegensetzen!

Umweltzerstörung

Um unseren Planeten steht es schlecht. Der Klimawandel bedroht die Menschheit in ihrer Existenz. Die Plünderung unserer Erde führt zur Erwärmung der Atmosphäre, Verdeckung der Meere und immer mehr Naturkatastrophen – und auch dazu, dass die Lebensbedingungen für viele Menschen beständig schlechter werden. Diese Entwicklung – Ernteausfälle, Überschwem-

mungen, Bodenerosionen, das Wachsen der Wüstengebiete usw. – trifft die Menschen in den ärmsten Gebieten der Welt besonders hart. Doch auch in den industrialisierten Ländern nähert sich eine komplette Naturkatastrophe.

Die „Lösungen“, die die KapitalistInnen für das Klimaproblem anbieten, sind vielfältig – aber sie greifen nur die Wirkungen des Klimawandels, nicht seine Ursachen, an. Individueller Verzicht wird groß geschrieben: „Spar Wasser, spar Strom, fahr nicht mit dem Auto!“ Natürlich soll jeder Mensch bewusst mit den Ressourcen unserer Erde umgehen. Aber Schuld am Klimawandel sind vor allem große Konzerne und die kapitalistische Produktionsweise selbst. Der Kapitalismus ist nicht auf ökologische Nachhaltigkeit angewiesen, sondern darauf, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Profit zu machen. Die Bedürfnisse der Menschen und ihr Recht, in einer nicht-verschmutzten und vielfältigen Umwelt zu leben, sind dabei nur zweitrangig.

Die KapitalistInnen erhalten Produkte und Produktionsmethoden am Leben, die höchst umweltschädigend sind. Zum Beispiel versucht die Öllobby mit ihren beinahe unbegrenzten Mitteln, die schädlichen Einflüsse fossiler Brennstoffe herunterzuspielen. Die Atomlobby versucht, ihre Profite zu maximieren, indem sie Sicherheitsmaßnahmen reduziert und Reaktoren möglichst lange laufen lässt, was Atomenergie besonders gefährlich macht. Ganz offensichtlich ist der Kapitalismus nicht fähig, die von ihm verursachten Umweltprobleme in den Griff zu kriegen: sollten es einige KapitalistInnen versuchen, gehen sie einfach in der Konkurrenz unter. Der Aufruf zum individuellen Verzicht ist nur ein plumper Versuch jener, welche die schädigenden Klimaeinflüsse bewirken, die ArbeiterInnenklasse für die Krise bezahlen zu lassen. Nur ein kleiner Teil der Umweltzerstörung wird durch individuellen Konsum verursacht. Die Stars, die den Verzicht in den Medien predigen, sind selbst mit dem Privatjet unterwegs! Nur wenn unsere Wirtschaft radikal umgestaltet und demokratisch geplant wird, kann die Klimakatastrophe aufgehalten und eine nachhaltige Wirtschaft aufgebaut werden. Denn nur eine bedürfnisorientierte Wirtschaft ermöglicht ein dauerhaftes Miteinander von Mensch und Natur.

- Klimaschutz ist nicht nur die Aufgabe der Einzelnen – vor allem Konzerne und Unternehmen müssen zur Rechenschaft gezogen werden!
- Nein zum Öko-Reformismus! Nur ein radikaler Bruch mit diesem System bietet die Möglichkeit, die Klimaprobleme in den Griff zu bekommen!
- Die Wirtschaft muss unter Kontrolle der ArbeiterInnen nach Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit geplant werden!

Die ArbeiterInnenklasse

Arbeiter ist nicht nur derjenige, der am Fließband steht. ArbeiterInnen sind alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen – sonst erhalten sie kein Geld und können nicht überleben. Das ist die „Freiheit“, die uns der Kapitalismus bietet: die Wahl, Lohnarbeit zu verrichten oder zu verhungern. Die KapitalistInnen diktieren, wie gearbeitet wird: Lohn, Arbeitszeit, Arbeitstempo und Sicherheitsmaßnahmen liegen alle in ihren Händen. Früher waren die ArbeiterInnen den KapitalistInnen einfach ausgeliefert, aber mit der Zeit begannen sie, sich zu wehren. Wegen der sich organisierenden ArbeiterInnenbewegung sahen sich die KapitalistInnen gezwungen, bestimmte Zugeständnisse zu machen, in Form von Kollektivverträgen und Arbeitsgesetzen. Diese Rechte sind kein Geschenk der herrschenden Klasse, sondern wurden hart erkämpft.

Die ArbeiterInnenklasse ist die einzige Klasse, die ein objektives Interesse an Solidarität hat. Dies ergibt sich aus der Art und Weise, wie die ArbeiterInnen in die Produktion eingebunden sind: In der Fabrik kann keineR allein arbeiten, Arbeitsteilung und Kooperation sind notwendig. Während KapitalistInnen untereinander konkurrieren, können ArbeiterInnen ihre Interessen nur gemeinsam durchsetzen. Deswegen ist die Arbeiterklasse die einzige Klasse, die ein konsequentes Interesse an der Überwindung des Kapitalismus hat. Der Kampf der ArbeiterInnen beginnt klein, zum Beispiel mit der Forderung nach mehr Lohn, aber er besitzt eine unglaubliche Schlagkraft. Denn die ArbeiterInnenklasse hält die Produktion am Laufen und sie kann sie deswegen auch unterbrechen. Wir unterstützen ArbeiterInnenkämpfe, auch wenn ihre Forderungen sehr begrenzt erscheinen, um sie voranzutreiben und sie in eine revolutionäre Richtung zu entwickeln, denn die Einheit und das politische Bewusstsein der ArbeiterInnen wird im Kampf geschmiedet.

Durch den Kampf können bestimmte Verbesserungen errungen werden. Doch in Zeiten der Krise wird jede Verbesserung durch Arbeitslosigkeit, Kürzungen und Inflation wieder zunichte gemacht. Deswegen drängen wir darauf, dass 1) die Löhne bei Preissteigerungen automatisch erhöht werden und 2) die Arbeitszeiten automatisch gesenkt werden, damit die Arbeit auf alle aufgeteilt wird. Beide Maßnahmen müssen durch die ArbeiterInnenorganisationen kontrolliert werden. Wenn die KapitalistInnen sagen, dass sie kein Geld für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung haben, müssen die ArbeiterInnen in die Geschäftsbücher schauen und selbst die Produktion kontrollieren.

- Die ArbeiterInnenklasse muss sich international organisieren! Nur gemeinsam sind wir stark!

- Für Lohnerhöhungen, wenn es Inflation gibt! Für Arbeitszeitverkürzung, wenn es Ar-

beitslosigkeit gibt!

- Die ArbeiterInnen müssen selbst die Produktion kontrollieren!

Die Jugend

Junge Menschen haben es im Kapitalismus besonders schwer: wir haben Stress bei der Arbeit oder in der Schule, wenn wir überhaupt einen Job oder Bildung bekommen. Wir bleiben von unseren Eltern wirtschaftlich abhängig. Die Entfaltung unserer Sexualität wird behindert. Für die meisten Jugendlichen bedeutet das heutige System, sich gegen eine Welt durchsetzen zu müssen, die uns feindlich gegenübersteht. Wir sind nur als billige Arbeitskräfte oder KonsumentInnen interessant. Die Jugend empfindet eine ganz besondere Ablehnung dem Kapitalismus gegenüber – wir sind doch diejenigen, die die schlechten Folgen des Systems später ausbaden müssen! In den kapitalistischen Institutionen haben vor allem Menschen ab vierzig das Sagen. Wir wollen nicht erst alt werden und durch die Institutionen „marschieren“ – wir wollen jetzt über unser Leben bestimmen!

Doch für unsere Ideen und Vorschläge hat die bürgerliche Gesellschaft meistens nur ein mildes Lächeln, im Notfall aber auch Schlagstöcke und Tränengas. Politische Aktivität der Jugend wird bekämpft: unsere Freiräume werden dicht gemacht, wir werden von Kameras überwacht und von der Polizei schikaniert. Wir sollen uns in Einkaufszentren vergnügen, wo es den Herrschenden Profit bringt, und nicht da, wo wir selbst wollen. Wir werden für den individuellen Drogenkonsum kriminalisiert, während die Pharmaindustrie Milliarden daran verdient, uns mit Drogen wie Ritalin ruhig zu halten.

Bildung gilt offiziell als ein Menschenrecht, doch in Wirklichkeit ist es davon abhängig, wie viel Geld deine Eltern haben. Für die Schulen und Unis ist angeblich kein Geld da, aber das Militär hat immer eine gut gefüllte Kasse, um Jugendliche ohne gute Bildung und Perspektiven aufzufangen. Dem Kapital sind SoldatInnen, die nur Befehle ausführen, lieber als gut gebildete Unterschichten, die die Hintergründe ihrer Misere erkennen können! In vielen Ländern fällt das öffentliche Bildungssystem einer Privatisierungswelle zum Opfer, was einen guten Schulabschluss ganz von der Brieftasche abhängig macht. Die Lerninhalte an den Schulen und Unis werden im Interesse des Kapitals bestimmt: es geht darum, Fähigkeiten nach den Erfordernissen der Konzerne zu vermitteln und systemkonformes Denken zu reproduzieren. Auch nach der Schule werden wir genötigt, schlechte Jobs zu erledigen, die scheinheilig als Lehre oder „Erfahrungen sammeln“ ausgegeben werden. Dort sind wir der Willkür der Chefs besonders ausgeliefert, denn Arbeitsrechte für Jugendliche sind meist deutlich schlech-

ter als für andere ArbeiterInnen.

- Kostenlose Bildung für alle, bezahlt mit dem Geld der Reichen! Die Lerninhalte müssen von SchülerInnen und Studierenden mitbestimmt werden! Für die Abschaffung von Schulnoten!

- Gleiche Rechte für Menschen jeden Alters! Volles Wahlrecht und volles Einkommen für Jugendliche!

- Weg mit allen Gesetzen gegen Drogen, Vandalismus und Sexualität, die Jugendliche benachteiligen!

Frauen und Gender

Im Kapitalismus werden Frauen systematisch benachteiligt. Bis auf ein paar privilegierte Frauen aus der Oberschicht leiden Frauen unter Diskriminierung und Ungleichbehandlung. Frauen leisten den Großteil der Arbeit weltweit, besitzen aber nur einen Bruchteil des geschaffenen Reichtums. Denn Frauen sind oft gezwungen, die Kindererziehung und Hausarbeit zu leisten – und das ohne eine Entlohnung! In vielen Ländern werden Frauen elementarste Rechte wie Bildung und Gesundheitsversorgung gar nicht zuteil. Doch dem ist nicht genug: Frauen müssen viel stärker bestimmten Schönheitsidealen entsprechen, die von einer patriarchalen Gesellschaft definiert werden. Frauen hören schon von klein auf, dass sie minderwertig und das „schwache Geschlecht“ sind. Ihnen wird eingepfiff, was „typisch weiblich“ ist. Frauen wird das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper versagt, oft auf gewaltsame Art und Weise durch die Degradierung zu Sexobjekten und durch sexuelle Übergriffe. In vielen Ländern haben Frauen nicht das Recht, sich für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden, da die Abtreibung verboten oder eingeschränkt ist.

Im Rahmen des Kapitalismus ist die Frauenunterdrückung nicht zu beseitigen, da die herrschende Klasse zu sehr von ihr profitiert: Zum einen werden Frauen noch mehr ausgebeutet, denn sie verdienen für die gleiche Arbeit wie Männer deutlich weniger Lohn. Zum anderen ist die Geschlechtertrennung ein weiteres Mittel, die unterdrückten Klassen zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Die Befreiung der Frau ist nur durch die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus zu erreichen.

Es gibt eine biologische Unterschiedlichkeit zwischen Mann und Frau, ohne dass das zu einer gesellschaftlichen Unterschiedlichkeit führen muss. Es muss zwischen dem biologischen Geschlecht (im englischen auch sex genannt) und den sozialen Geschlecht (im Englischen auch gender) differenziert werden. Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft zu verwirklichen, die frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung ist – eine revolutionäre Perspektive ist ohne konsequenten Kampf gegen Frauen- und Genderunterdrückung nicht um-

setzbar. Auch innerhalb der revolutionären Linken können, oft unbewusst, sexistische Verhaltensweisen reproduziert werden. Deswegen, und auch wegen besonderer Aspekte revolutionärer Arbeit unter Frauen, treten wir für das Recht von Frauen und auch von sexuellen Minderheiten innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken ein, sich eigenständig zu treffen und zu organisieren, um Sexismus entgegenzutreten.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für die Kollektivierung der Hausarbeit und der Kindererziehung!

- Kampf dem Sexismus an allen Fronten! Für das uneingeschränkte Recht auf Verhütungsmittel und Abtreibung auf Verlangen!

- Für das Recht von Frauen sich auch innerhalb revolutionärer Organisationen eigenständig zu organisieren!

Nationalismus, Rassismus und Faschismus

Der Nationalismus ist ein Mittel für die Herrschenden, die Unterdrückten mit ihren UnterdrückterInnen unter der Nationalflagge zu vereinigen. Indem sie vorgeben, alle Menschen einer bestimmten Nationalität säßen „im gleichen Boot“ und hätten somit die gleichen Interessen, versuchen sie, innere soziale Konflikte nach Außen zu kanalisieren. Diese Denkweise findet ihre Zuspitzung im Rassismus, der Menschen auf Grund ihrer Abstammung, ihres Aussehens und ihrer Mentalität abwertet. Der Nationalismus und auch der Rassismus entbehren jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Sie sind Ideologien, die die Unterdrückten spalten und ihre Wut vom System ablenken sollen.

Unter normalen Bedingungen bevorzugen die KapitalistInnen die parlamentarische Demokratie als politisch stabile Staatsform. Doch in Zeiten der Krise, in denen die ArbeiterInnenbewegung erstarkt und der Kapitalismus zu stürzen droht, ist der letzte Rettungsanker der herrschenden Klasse der Faschismus. Der Faschismus ist in sich autoritär, nationalistisch, rassistisch, militaristisch, anti-marxistisch und gegen die ArbeiterInnenbewegung und ihre Errungenschaften gerichtet. Dem Faschismus ist es im 20. Jahrhundert gelungen, den Kapitalismus zu retten und der internationalen ArbeiterInnenklasse einen vernichtenden Schlag zu versetzen, von welchem sie sich bis heute noch nicht erholt hat. Der Faschismus stellt auch noch heute eine große Bedrohung für ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendliche aller Länder dar, denn FaschistInnen setzen auf brutalste Gewalt zur Verteidigung der kapitalistischen Verhältnisse. Deswegen muss die gesamte ArbeiterInnenbewegung sich geschlossen und militant gegen den faschistischen Terror wehren.

Als InternationalistInnen lehnen wir Rassismus und jeden Nationalismus ab. In armen Ländern entsteht der Nationalismus meistens als eine Reaktion der Massen auf

die Unterdrückung durch die Großmächte. Dieser Nationalismus der Unterdrückten ist verständlich, aber bietet keine Lösungen für die Probleme, die vom globalen Kapitalismus verursacht werden. Die ArbeiterInnen haben kein Vaterland – der Rassismus ist nicht in ihrem Interesse, denn damit lassen sie sich gegen ihre Klassengeschwister in anderen Ländern oder mit anderer Herkunft ausspielen. Der Faschismus, selbst wenn er antikapitalistische Parolen von der Linken übernimmt, hat den ArbeiterInnen nichts als noch größere Unterdrückung und Elend zu bieten. Dem rassistischen und nationalistischen Hass, welcher von der herrschenden Klasse geschürt wird, müssen die Werktätigen aller Länder die internationale Solidarität und den internationalen Klassenkampf entgegensetzen.

- Weg mit allen Reise- und Migrationseinschränkungen! Weg mit jeglicher rassistischer Diskriminierung!

- Permanenter Kampf gegen Nationalismus und Rassismus, vor allem in der ArbeiterInnenbewegung!

- Zerschlagt den Faschismus! ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendliche müssen sich selbst verteidigen!

Arbeiterräte und revolutionäre Partei

Der Kapitalismus ist ein krisenhaftes System. Jede politische oder wirtschaftliche Krise kann Proteste der Unterdrückten hervorrufen: Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Aufstände. Doch diesen spontanen Bewegungen fehlt eine Richtung: sie wissen, wogegen sie sind, aber sie haben keine Strategie, um die Gesellschaft zu verändern. In dieser Situation werden Protestbewegungen durch BürokratInnen von reformistischen Parteien und Gewerkschaften übernommen, die als De-Facto-FührerInnen agieren und dafür arbeiten, dass die Bewegungen im Rahmen des Systems bleiben. Um all unsere Proteste voranzutreiben, müssen die Massen in den politischen Kampf einbezogen werden, auf dem Weg der Organisation der Basis und der direkten Demokratie. Im Verlauf von jedem Protest entstehen Kampfstrukturen wie Streikkomitees und -versammlungen. Diese Strukturen müssen aufgebaut, vernetzt und verallgemeinert werden. Sie sind Keimformen der Macht der ArbeiterInnen und Unterdrückten – im Gegensatz zur Macht der KapitalistInnen in Form ihres Staates. Ein Streikkomitee, das eine Arbeitsniederlegung organisiert, kann ein Fabrikkomitee werden, das die Entscheidungen der Bosse kontrolliert, kann ein Arbeiterrat werden, der die gesamte Produktion verwaltet.

Auch im Verlauf von Bildungsprotesten können SchülerInnen- und StudentInnenkomitees entstehen, die die Verwaltung des Alltags übernehmen und die herrschenden Institutionen in Frage stellen. Solche Räte

können landesweit und international zusammengeführt werden, um die gesamte Gesellschaft zu verwalten. Aber damit sich diese Räte in eine revolutionäre Richtung entwickeln, braucht es eine revolutionäre Organisation, die systematisch für die Perspektive der Rätemacht kämpft. Sie tut dies mit Legitimation der Räte durch die Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Ämter, die zusätzlich dem Rotationsprinzip und auch einem Höchstmaß an Transparenz unterworfen sind. Das Ziel einer revolutionären Partei ist, sich neben und innerhalb der Bewegung von ArbeiterInnen, Jugendlichen und Unterdrückten zu organisieren, ihre Stärke zu fokussieren, die Bewegung ideologisch gegen die Angriffe der KapitalistInnen zu schützen und aktiv eine Strategie für den Erfolg des Proletariats im Klassenkampf zu entwickeln.

Wenn die Unterdrückten sich auf dieser Art und Weise organisieren, ist das unvereinbar mit dem kapitalistischen Staat, der mittels seiner Polizei eine solche Bewegung zu ersticken versuchen wird. In jedem Streik müssen sich Selbstschutzgruppen bilden, die die Aktion gegen Polizei, Bosse und StreikbrecherInnen verteidigen. Auch Jugendliche und MigrantInnen müssen Selbstverteidigung gegen staatliche Repression und faschistischen Terror organisieren. Die Arbeiterklasse stellt die Arbeitskraft bereit, die die Räder des Kapitalismus am Laufen hält – dadurch hat sie auch die Kraft, das ganze System durch einen Generalstreiks lahmzulegen und die politische Macht durch eine Revolution zu ergreifen. Jugendproteste können die Gesellschaft in Brand setzen, aber ohne die wirtschaftliche Macht der ArbeiterInnen werden sie uneindruckend bleiben. Deswegen kämpfen wir für die Einheit der revolutionären Jugend und der Arbeiterbewegung.

- Für Streikkomitees und Kampforgane, die von der Basis gewählt und direkt kontrolliert werden!

- Für Selbstverteidigung der ArbeiterInnen und Jugend! Kein Vertrauen in die Polizei, die nur den Interessen der herrschenden Klasse dient!

- Für eine revolutionäre Arbeiterpartei, um die verschiedenen Kämpfe zu vereinen und zu führen! Für eine revolutionäre Arbeiterinternationale!

Kein Reformismus

Reformistische Kräfte sind innerhalb der Arbeiterbewegung vorherrschend. Sozialdemokratische, Labour- und „kommunistische“ (stalinistische) Parteien geben vor, die Rechte der ArbeiterInnen zu verteidigen, doch in Wirklichkeit halten sie deren Kämpfe zurück. Ihr Ziel ist es, Gesetze zu verabschieden und Regierungen zu bilden, die die Situation ihrer WählerInnen und UnterstützerInnen, also der Arbeiterklasse, verbessern sollen. Sie erwähnen Sozialismus als ihr Ziel,

aber wollen ihn durch einen langsamen Prozess von gesetzlichen Reformen erreichen. Deswegen treten sie bei jeder Gelegenheit in kapitalistische Regierungen ein und müssen im Interesse der KapitalistInnen regieren. Ihre Versuche, den Kapitalismus etwas „menschlicher“ zu gestalten, führen dazu, dass sie dieses unmenschliche System selbst verwalten!

Obwohl reformistische Organisationen in einer Reihe von Ländern Unterstützung einbüßen, bleiben sie die Führungen von Millionen ArbeiterInnen rund um die Welt. Denn die Arbeiterklasse im Kapitalismus neigt oft zu reformistischen Hoffnungen. Wir kritisieren die ReformistInnen bei jeder Gelegenheit, aber wir rufen diese Parteien auch auf, sich den Protesten für die Rechte der ArbeiterInnen anzuschließen. Unser Ziel dabei ist es, ihre Basis in Kämpfen für Arbeiter- und demokratische Forderungen zu mobilisieren, diese Kämpfe voranzutreiben und damit in der Praxis zu beweisen, dass unsere Kritik an der politischen Begrenztheit der reformistischen Führungen und des Reformismus im Allgemeinen stimmt.

ReformistInnen können radikale Reden gegen den Kapitalismus halten. Aber sie verlassen sich auf kapitalistische Institutionen wie das Parlament und die Polizei, um ihre Reformen durchzusetzen, und sie lassen die ArbeiterInnen unbewaffnet, wenn es zur entscheidenden Schlacht mit diesen Institutionen kommt. Zum Beispiel hat sich der sozialistische Präsident Chiles, Salvador Allende, im Jahr 1973 geweigert, Waffen an die Arbeiterklasse zu verteilen und sagte ihnen, sie sollten sich auf die „demokratische“ Armee verlassen. Diese Armee putschte gegen seine Regierung wenige Monate danach und ermordete Zehntausende ArbeiterInnen!

Gewerkschaften sind breite Organisationen der ArbeiterInnen, um ihre Rechte zu verteidigen. Aber Gewerkschaften sind selten demokratisch: die Mitgliedsbeiträge bezahlen die Löhne von BürokratInnen, die ein vielfaches mehr verdienen als die einfachen Mitglieder, die sie eigentlich vertreten sollen. Sie leben als VermittlerInnen zwischen den ArbeiterInnen und den KapitalistInnen, und deswegen haben sie kein Interesse an der Abschaffung des kapitalistischen Systems. RevolutionärInnen müssen innerhalb von Gewerkschaften arbeiten, um an den Kämpfen der ArbeiterInnen teilzunehmen und für Demokratie und Basisorganisation zu kämpfen, und dabei die bürokratischen Führungen konsequent bekämpfen.

- Für vereinte Aktionen der gesamten Arbeiterbewegung!

- Für die Selbstverteidigung der gesamten Arbeiterbewegung, auch der reformistischen Organisationen, gegen FaschistInnen und den Staat!

- Für eigenständige revolutionäre Parteien! Für revolutionäre Fraktionen in den Gewerkschaften!

Kein Stalinismus

Die Russische Revolution von 1917 wurde von Räten (Sowjets) organisiert, die von den ArbeiterInnen, SoldatInnen und Bauern/Bäuerinnen direkt gewählt wurden. Diese Revolution schuf das demokratischste System, das die Welt je gesehen hatte. Der Staat wurde durch die Massen selbst verwaltet. Doch die Armut Russlands, die Zerstörungen des Bürgerkriegs und das Scheitern der Revolution in anderen Ländern zerstörten die Räte. Eine Partei- und Staatsbürokratie, mit Josef Stalin als oberstem Vertreter, riss die Macht an sich. Die stalinistischen Staatsapparate – die ihrer Form nach wie kapitalistische Staate waren – sind nicht allmählich verschwunden, wie es ein Arbeiterstaat im Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft tut. Die StalinistInnen gaben die Perspektive der Weltrevolution auf und stattdessen proklamierten sie den „Sozialismus in einem Land“. Sie haben die ArbeiterInnendemokratie gewaltsam unterdrückt und Hunderttausende Menschen einschließlich unzähliger KommunistInnen ermordet. Auf diesem Weg blockierten die bürokratischen Staaten den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft.

Die stalinistischen Staaten waren bzw. sind nicht sozialistisch – aber kapitalistisch sind sie auch nicht. Ihre Wirtschaften basieren auf einem Plan, nicht auf einen kapitalistischen Markt. Aber diese Pläne werden von einer Bürokratie verwaltet, die große Privilegien im Vergleich zur Masse der ArbeiterInnen genießt. Die bürokratischen Planwirtschaften haben Vorteile gegenüber dem Kapitalismus. Aber weil es keine direkte Demokratie gibt, um die Pläne zu kontrollieren, und weil die StalinistInnen nicht für die Weltrevolution kämpfen, neigen die Wirtschaften der stalinistischen Staaten zur Stagnation. Die Bürokratie versucht, längerfristig, ihre eigenen Privilegien weiter auszubauen und den Kapitalismus wieder einzuführen. Viele stalinistischen Staaten – Russland und die Staaten des Ostblocks – sind zusammengebrochen und eine Reihe von ehemaligen BürokratInnen wurde zu neuen KapitalistInnen. In anderen ehemals stalinistischen Staaten wie China und Viet Nam haben die „kommunistischen“ Parteien selbst kapitalistische Produktionsverhältnisse wieder eingeführt bzw. sie sind gerade dabei.

Die stalinistische Bürokratie verteidigt ihre Privilegien, unterdrückt die Arbeiterklasse, zerstört die Arbeiterdemokratie und untergräbt auf dieser Art die Entwicklung des Sozialismus. Die stalinistischen Staaten müssen trotzdem gegen imperialistische Angriffe und Aggressionen verteidigt werden, weil diese auf die sofortige Zerstörung der Planwirtschaften zielen – die stalinistische Bürokratie arbeitet auch an der Abschaffung der Planwirtschaft, allerdings langsamer und inkonsequenter. Nur eine internationale Revolution, basierend auf

ArbeiterRäten, kann uns zum Sozialismus führen.

- Gegen die Bürokratie! Nieder mit den Privilegien! Für einen wirtschaftlichen Plan, der von den ArbeiterInnen selbst kontrolliert wird!

- Rede- und Organisationsfreiheit für die Arbeiterbewegung! Nein zum Einparteiensystem! Alle Macht den ArbeiterRäten!

- Nein zur Wiedereinführung des Kapitalismus in Staaten wie Kuba und Nordkorea! Für eine politische Revolution gegen die Bürokratie!

Kein Anarchismus

Der Anarchismus hat, in den letzten Jahrzehnten, viel Ansehen innerhalb der Jugendbewegung bekommen – das berühmte „A“ wird rund um die Welt gesprüht. Dies liegt an der verräterischen Rolle von SozialdemokratInnen und StalinistInnen, die „Sozialismus“, „Kommunismus“ und „Parteien“ allgemein in den Augen von unzähligen Jugendlichen in Verruf gebracht haben. Wir teilen viele Ziele mit den AnarchistInnen: wir kämpfen für eine Gesellschaft mit voller Freiheit für alle Menschen, ohne soziale Klassen, Unterdrückung, Diskriminierung oder einen Staat. Aber wir haben große Differenzen mit den AnarchistInnen darüber, wie eine solche Gesellschaft geschaffen werden kann.

Es gibt viele Strömungen des Anarchismus – von Lifestyle-orientierten „IndividualanarchistInnen“ über auf die Arbeiterklasse orientierte „AnarchosyndikalistInnen“ bis hin zu strikt organisierten „PlattformanarchistInnen“. Doch im allgemein sind alle der Meinung, dass der Schlüssel für den Sturz des Kapitalismus die Erlangung von möglichst viel Freiheit im „hier und jetzt“ ist, also im Rahmen des kapitalistischen Systems. Sie lehnen jede Art von „Autorität“ und „Hierarchie“ ab, was es oft fast unmöglich macht, effektive Strukturen für unsere Kämpfe zu organisieren. Denn sie lehnen „Herrschaft“ ab, ohne nachzufragen, woher Herrschaft kommt.

AnarchistInnen sind prinzipiell gegen jede Art von Staat. Wir im Gegenteil sehen, dass die ArbeiterInnen in einer Revolution sich gegen die AnhängerInnen der alten Ordnung verteidigen müssen, die alles in ihrer Macht stehende tun werden, um die soziale Umwälzung aufzuhalten. Das bedeutet, dass die ArbeiterInnen sich organisieren und bewaffnen sollen, um die Wiedereinführung des Kapitalismus zu verhindern. Aber das wird mit dem Verschwinden sozialer Klassen ebenfalls allmählich verschwinden.

Viele AnarchistInnen lehnen es ab, in Massenbewegungen ohne revolutionäre Führungen, wie Gewerkschaften oder antiimperialistischen Bewegungen, zu arbeiten. Diese Enthaltung kann nur die Rolle der reformistischen oder nationalistischen

Führungen stärken und die RevolutionärInnen isolieren. Viele AnarchistInnen verlassen sich auf kleine (und elitäre) Gruppen mit Aktionen wie Eigentumszerstörung, die die Massen zum politischen Kampf inspirieren sollen. Natürlich verteidigen wir solche Aktionen bedingungslos gegen staatliche Repression, doch wir glauben, dass nur die massenhafte Organisierung und Mobilisierung der Unterdrückten zu einer Revolution führen kann.

- Für ernsthafte und konstruktive Diskussionen innerhalb der Jugendbewegung über revolutionäre Perspektiven!

- Freiheit für alle politischen Gefangenen, auch wenn wir nicht mit ihren Ansichten oder Taktiken übereinstimmen!

- Für die Verteidigung von besetzten Häusern und Kulturzentren durch die Arbeiterbewegung! Die Arbeiterbewegung soll solche Zentren für die Jugend zur Verfügung stellen!

Revolutionäre Jugendbewegung

Der Kapitalismus stellt sich gern als das „Ende der Geschichte“ dar. Während dieses System die Umwelt zerstört und die Menschheit in endlose Kriege stürzt, wird es klar, dass der Kapitalismus tatsächlich die Geschichte der Menschheit beenden könnte. Aber der Kapitalismus muss nicht das Ende sein – tatsächlich existiert er nicht länger als ein paar Hundert Jahre, und er ist nur eine historische Phase der gesellschaftlichen Entwicklung. Doch der Kapitalismus wird sich nicht selbst zerschlagen. Die Ge-

sellschaft kann nur dadurch verändert werden, dass die Massen ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.

Jugendliche waren immer in vorderster Front bei Kämpfen für eine bessere Welt. Wir sind schneller bereit, neue Sachen auszuprobieren, d.h. wir sind meistens radikaler. Die Erfahrungen vergangener Niederlagen lasten nicht auf unseren Schultern. Jugendkämpfe können revolutionäre Krisen hervorrufen, wie im Mai 1968 in Frankreich, als Studierendenproteste zu einem landesweiten Generalstreik geführt haben. Wir brauchen unsere eigene Organisation, denn wir wissen am besten, wie wir die Jugend von heute mit einer revolutionären Perspektive ansprechen können. Eine revolutionäre Jugendbewegung muss komplett unabhängig sein, damit junge AktivistInnen Verantwortung übernehmen und aus ihren eigenen Erfolgen und Fehlern lernen können. Jede ernsthafte revolutionäre Organisation muss vollständig demokratisch sein, basierend auf demokratischen Diskussionen und Einheit in der Aktion. Alle Entscheidungen müssen von den Mitgliedern selbst getroffen und alle VerantwortungsträgerInnen direkt gewählt werden (und jederzeit abwählbar sein), ohne BürokratInnen und ReformistInnen.

Es ist für uns klar, dass nur die Arbeiterklasse die Macht hat, um das System niederzureißen. Aus diesem Grund kämpfen wir für die Schaffung von Arbeiterparteien, die einem Programm des Internationalismus und der sozialistischen Revolution verpflichtet sind. Die Parteien, die sich heute kommunistisch nennen, stellen eine bürokratische Kraft in der Arbeiterbewegung dar, die sich

auf Linksreformismus stützt. Wir brauchen eine neue revolutionäre Internationale, die die Arbeiterkämpfe rund um die Welt vereinigt und, basierend auf den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, den Kampf um die politische Macht führt. Eine revolutionär-kommunistische Partei und Internationale sind das effektivste Instrumente im Kampf für die Selbstbefreiung der ArbeiterInnenklasse.

Es könnte Jahre dauern, bis wir revolutionäre Aufbrüche auf globaler Ebene erleben. Doch selbst in Ruhezeiten des Klassenkampfes ist es wichtig, jeden Kampf voranzutreiben, uns selbst politisch zu bilden und die Grundsteine für revolutionäre Organisationen zu legen. Wir – revolutionäre Jugendliche und ArbeiterInnen rund um die Welt – haben die Kraft, um die Welt zu verändern. Der Kampf dafür läuft, seit dem es Kapitalismus gibt. Selbst wenn wir morgen nicht gewinnen sollten, ist unser Sieg gegen den Kapitalismus möglich und nötig!

- Für eine unabhängige, revolutionäre Jugendbewegung! Für eine revolutionäre Jugend-Internationale, um die Kämpfe rund um die Welt zu vereinigen!

- Für eine neue revolutionäre ArbeiterInneninternationale, eine Weltpartei der sozialistischen Revolution!

- One solution: revolution!

beschlossen von: der dritten internationalen Konferenz der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION, Juli 2008

<http://www.revolution.de.com/grundsatzpositionen/index.html>

Thesen zur Gewerkschaftsarbeit

Mit diesem Dokument wollen wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), allgemeine Thesen zum Zustand der Gewerkschaften heute und zur Arbeit von RevolutionärInnen in ihnen vorstellen. Uns ist bewusst, dass diese Thesen sehr abstrakt gehalten sind – sie müssen es auch sein, da sie weniger auf konkreten eigenen Erfahrungen, als auf theoretischen und historischen Überlegungen fußen. Dementsprechend stellt dieses Dokument unseren eigenen Diskussionsstand dar, wenngleich wir glauben, dass viele der Erkenntnisse daraus verallgemeinerbar sind.

I. Der Zustand der Gewerkschaften

Gewerkschaften sind essentielle Kampforgane der ArbeiterInnen. Sie ermöglichen es den ArbeiterInnen, ihre Konkurrenz untereinander zu überwinden, und zumindest ihre grundlegendsten ökonomischen Interessen innerhalb des Kapitalismus zu vertei-

digen.

Zudem bieten sie auch eine Grundlage für die effektive Organisierung und Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse gegen die herrschenden Verhältnisse. Dementsprechend ist der Zustand der Gewerkschaften ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Kapitalismus.

Notwendig ist allerdings ein breites revolutionäres Bewusstsein unter den ArbeiterInnen – ihre Selbstwahrnehmung als revolutionäres Subjekt. Dieses Bewusstsein entsteht aber keineswegs automatisch, sondern ist mit vielen Konflikten, Sprüngen, Rückentwicklungen usw. verbunden. In diesem Prozess muss eine Verankerung revolutionärer Kräfte vor allem in den Betrieben und Fabriken geschaffen werden, um das Bewusstsein durch kontinuierliche politische Arbeit und Agitation zu fördern. (Und so die Gewerkschaften zu klassenkämpferischen Organen zu machen.)

1a. Bürokratie

Seit Gewerkschaften bestehen, verfügen sie auch über einen notwendigen Verwaltungsapparat, der allerdings leicht ein Eigenleben entwickelt. Gerade in reichen imperialistischen Ländern wie Deutschland hat sich daraus eine verselbständigte Bürokratie gebildet, die auch auf die Ressourcen der Bourgeoisie und ihres Staates zugreifen kann. (Auch in den wirtschaftlich schwächeren Ländern der Welt gibt es diese Bindungen zwischen Bourgeoisie und Gewerkschaftsbürokratie – die Ressourcen dafür sind allerdings geringer.) Doch im Wesentlichen stützt die sich auf die organisierte ArbeiterInnenklasse, weshalb sie auch gewisse (bürokratisch organisierte) Kämpfe führen und gewisse Erfolge rausholen muss, um sowohl von den ArbeiterInnen wie von den KapitalistInnen als notwendige VermittlerInnen wahrgenommen zu werden. Sie verfolgt vor allem ihre eigenen Interessen, anstatt für die der ArbeiterInnen einzutreten.

Besonders im Falle Deutschlands ist das alles andere als ein Zufall: Nach der völligen Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung durch den Faschismus wurden die Gewerkschaften ab 1945 unter Anleitung der Siegermächte bewusst „von oben“ aufgebaut. So wurden sie ganz im Sinne korporatistischen Ausgleichs in die herrschenden Verhältnisse eingepasst: Starke Verbindungen zwischen Staat und Gewerkschaftsapparat sind Normalität, GewerkschaftsvertreterInnen sitzen in Regierungskommissionen und Aufsichtsräten von Unternehmen. Manche von ihnen wechseln nach ihrer BürokratInnenkarriere auch unverhohlen in hohe Wirtschaftspositionen.

Solche GewerkschafterInnen werden sich natürlich hüten, ernsthaft gegen die UnternehmerInnen zu rebellieren, denen sie ihre Posten verdanken. Sie sind in erster Linie an ihrer eigenen materiellen Existenz innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft interessiert. Deswegen haben sie keinerlei Motivation, diese zu überwinden.

Stattdessen wurden die bestehenden Gewerkschaften in Deutschland vom Modell der „Sozialpartnerschaft“ geprägt, das auf Grundlage des sogenannten „Wirtschaftswunders“ entstanden ist, um die ArbeiterInnenklasse ruhig zu stellen.

Diese Ideologie der Sozialpartnerschaft propagiert nichts anderes als eine Politik der Klassenkollaboration zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen. Erstere sollen sich möglichst nicht gegen „notwendige“ Einschnitte wehren, sondern den KapitalistInnen ein reibungsloses und profitables Wirtschaften ermöglichen. Das helfe dem „Standort Deutschland“, wodurch Reformen und Verbesserungen ermöglicht würden, die am Ende auch den Beschäftigten zu gute kämen.

Doch der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Die Aufrechterhaltung dieses falschen Bewusstseins dient nur dazu, das System des Kapitalismus zu sichern, es zu stabilisieren und letzten Endes neue Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse vorbereiten zu können.

Manchmal droht die Wut über diese Angriffe in wilde Streiks oder andere offensive Aktionen der ArbeiterInnen umzuschlagen. Dann kommt auch die angepasste Gewerkschaftsführung nicht um etwas kämpferischere Rhetorik und die kontrollierte Mobilisierung ihrer Basis herum. Damit verhindert sie, dass ihr Unwille (und ihr Unvermögen), für ArbeiterInnen-Interessen einzutreten, völlig offengelegt wird. Sie gibt sich selbst eine Existenzberechtigung und ermöglicht es ihrer Basis, unter kontrollierten Bedingungen „Dampf abzulassen“.

So haben die von den Gewerkschaften geführten Auseinandersetzungen überwiegend die Funktion, den bürokratischen Apparat der Gewerkschaft zu konservieren, die Kontrolle über die ArbeiterInnen zu festigen und eben nicht für das Interesse der ArbeiterInnenklasse zu kämpfen.

1b. Bewusstsein

Gewerkschaften können und sollten als Schulen für den Klassenkampf fungieren. Insbesondere, da das Klassenbewusstsein der ArbeiterInnen viel stärker und eindringlicher durch praktische Erfahrungen geformt wird als durch irgendeine abstrakte Propaganda. Gerade durch gemeinsame Kämpfe um Lohnerhöhungen, verbesserte Arbeitsbedingungen und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, können Beschäftigte ihre gemeinsamen Interessen erkennen und das Potenzial ihrer vereinten Kräfte erahnen.

Der Führungsanspruch der reformistischen Bürokratie hat dieses Bewusstsein jedoch nachhaltig geschädigt. Einerseits, weil sie die Arbeitskämpfe auf ein Minimum begrenzt und stets versucht, eine Radikalisierung der Basis zu verhindern. Andererseits, weil sie auch die kleinsten Auseinandersetzungen unter ihrer Kontrolle hält. Dies hat zu einer schwer überwindbaren Passivität der ArbeiterInnen geführt. Ob gewerkschaftliche Aktionen durchgeführt werden, hängt kaum vom Mehrheitswillen der Basis ab, sondern vielmehr vom Gutdünken der FunktionärInnen. Kommen Beschäftigte doch einmal auf die Idee, eigene Initiativen zu starten, sehen sie sich schnell mit umfassenden Disziplinarmaßnahmen konfrontiert.

Das führt soweit, dass Gewerkschaften von Beschäftigten teilweise nur noch als außenstehende Institution wahrgenommen werden, die Mitglieder wirbt, um Beiträge zu kassieren, die aber sonst keinen Nutzen hat. Die Betroffenen erkennen (weil es überdeutlich ist), dass die Gewerkschaften in ihrem aktuellen Zustand nicht ihre Interessen vertreten (sondern nahezu zum Selbstzweck degeneriert sind). Fatalerweise verwerfen sie mit dieser Erkenntnis auch leicht die Idee der Gewerkschaft an sich – sind also auch für sinnvolle Formen der Organisierung weniger offen.

Die Passivität der Basis, die durch die bürokratische Funktionsweise der Gewerkschaften immer wieder reproduziert wird, halten die FunktionärInnen dann den ArbeiterInnen als Grund für die passive Politik der Gewerkschaften vor. Trotz der verräterischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie genießt diese Führung in bestimmten, meist besser gestellten Schichten der ArbeiterInnen aber noch Vertrauen. Dieses Vertrauen setzt sich aus verschiedenen Motiven zusammen: Die Perspektivlosigkeit, das eigene subjektive Wohlbefinden, der Glaube an die Versprechen der Bürokratie und die Unerfahrenheit im politischen Kampf bilden die Grundlage des Vertrauens an die Gewerkschaftsbürokratie. Gerade deswegen ist es entscheidend, dass RevolutionärInnen die Gewerkschaftsführungen immer wieder zu klassenkämpferischen Aktionen auffordern, damit alle Teile der ArbeiterInnenklasse ihre Erfahrungen mit ihnen machen und alle Illusionen in sie überwinden können.

Das Bewusstsein der ArbeiterInnen ist meistens anders als das historische Interesse der ArbeiterInnenklasse, deswegen trägt die ArbeiterInnenklasse in sich auch reaktionäre Ideen. Die ArbeiterInnen können solche Ideen in Zeiten des Kampfes sehr schnell verwerfen – dafür muss aber eine revolutionäre Politik betrieben werden, die schon vorher angefangen haben sollte.

II. Revolutionäre Gewerkschaftspolitik

Es ist die Aufgabe von RevolutionärInnen, gegen den schädlichen Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie anzukämpfen und die Passivität der Basis zu überwinden. Nur so ist es möglich, schlagkräftige Gewerkschaften zu schaffen, die ein wirksames Werkzeug im Klassenkampf darstellen.

2a. Verankerung

Für eine revolutionäre Organisation reicht es nicht aus, sich in der Theorie und allgemeinen Propaganda auf die ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt zu beziehen. Diese grundsätzliche Orientierung muss auch einen Ausdruck in der praktischen Politik der Organisation finden – und ab einer gewissen Größe auch in ihrer Mitgliederstruktur.

Es ist also ein wichtiges Ziel, sich in den Belegschaften von Betrieben und Fabriken zu verankern. Nur so kann in sinnvoller Weise Einfluss auf die Gewerkschaften (und perspektivisch auf größere Teile der ArbeiterInnenklasse) genommen werden. Außerdem ist es nur so möglich, die eigenen politischen Ideen in der Praxis zu überprüfen.

Dabei geht es vor allem darum, von den Beschäftigten als seriöse politische Kraft wahrgenommen zu werden, die zwar radikalere, aber letztlich auch sinnvollere und wirksamere Lösungen für ihre Probleme anbietet.

Um überhaupt Zugang zu einem Betrieb zu finden, ist es nicht sinnvoll, sich nur auf kurzfristig hochkochende Konflikte und nach außen wahrnehmbare Arbeitskämpfe zu konzentrieren. Solche Ausnahmesituationen können zwar als Anlass zur ersten Kontaktaufnahme mit ArbeiterInnen genutzt werden. Diese Gelegenheiten lassen aber erstens gerne etwas länger auf sich warten und zweitens entfaltet eine solche Intervention allein keine nachhaltige Wirkung.

Stattdessen ist langfristige Aufbau- und Überzeugungsarbeit als kontinuierlicher Bestandteil der sonstigen Organisationspolitik gefragt.

RevolutionärInnen können bereits mit einfachen Mitteln wie regelmäßigen Betriebsflugblättern und Gesprächen mit ArbeiterInnen zur Verankerung beitragen. (Und dabei ihre eigenen Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit einbringen.)

Dabei muss in der Praxis aufgezeigt wer-

den, dass revolutionäre Standpunkte dem reformistischen Mainstream überlegen sind. Dazu ist es notwendig, nicht nur zu den „großen Fragen“, sondern auch zu alltäglichen Problemen der ArbeiterInnen Stellung zu beziehen und Antworten zu geben.

Wobei aber die revolutionäre Perspektive (mitsamt dem Plan, eine kommunistische Gesellschaft zu errichten) immer mit der alltäglichen Betriebsarbeit verbunden werden muss. Dies nicht zu tun, wäre ebenso schädlich, wie die opportunistische Anpassung an reformistische oder reaktionäre Vorstellungen der Beschäftigten, nur um kurzfristigen deren Zustimmung zu ernten. Ein Weg, die Tagesforderungen mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden, ist die Methode der Übergangsforderungen, wie sie Trotzki im Übergangsprogramm der Vierten Internationale 1938 systematisiert hat.

Es kommt darauf an, in den Betrieben, in denen die RevolutionärInnen eine Verankerung geschaffen haben, auch politische Fragen zu thematisieren, z.B. die Mobilisierung zu einer Demo gegen Nazis, die Frauenunterdrückung, der Krieg und der Rassismus. Revolutionäre Politik bedeutet die Verbindung der verschiedenen Themen herzustellen – auch in den Betrieben, Fabriken usw. Eine Haltung, die von Anfang an nur auf reine Betriebsarbeit zielt, ist im Grunde nur Ökonomismus. ArbeiterInnenpolitik ist politische Arbeit und umgekehrt.

2b. Betriebsräte

Die Mitarbeit in offiziellen Gewerkschaftsgremien ist für RevolutionärInnen ebenfalls nicht das erste Mittel der Wahl, um Einfluss auf ArbeiterInnen und ihre Kämpfe zu gewinnen. In konkreten Fällen kann die Kandidatur als Betriebsrat o.ä. jedoch eine sinnvolle Ergänzung zu bestehender Betriebsarbeit sein (aber keinesfalls ein Ersatz für diese). Nämlich dann, wenn sie mit praktischen Vorteilen einhergeht, die die bisherige Arbeit unterstützen. Zum Beispiel durch die Möglichkeit an vertrauliche Informationen zu gelangen, die in Konfliktfällen von Nutzen sein können, oder durch den Zugang zu größeren Teilen der Belegschaft. Dabei ist allerdings immer abzuwägen, ob dies wirklich den zusätzlichen Aufwand und die damit einhergehenden Risiken rechtfertigt.

Der Anpassungsdruck in solchen Posten darf nicht unterschätzt werden. Einerseits können die tagtägliche Kleinstarbeit, Papierkram und organisatorischer Aufwand soviel Platz einnehmen, dass die revolutionäre Politik schlicht verdrängt wird. Andererseits können die materiellen Vorteile wie Arbeitsplatzsicherheit, zusätzliche Vergütung und ähnliches auch dazu verleiten, sich lieber an die „Realpolitik“ zu halten, um den Posten nicht zu verlieren. Deswegen sollte ein solches Unterfangen nur erfahreneren GenossInnen zugemutet werden, die den zusätzlichen Aufwand bewältigen können und die

Betriebsratsarbeit grundsätzlich der Politik der eigenen Organisation unterordnen.

Entscheidet die Gruppe sich tatsächlich kollektiv für die Annahme eines Gewerkschaftspostens, muss beachtet werden, dass es nicht möglich ist, revolutionäre Politik „von oben“ durchzusetzen. Statt die Basis zu bevormunden (wie es BürokratInnen für gewöhnlich tun), müssen die neu gewonnenen Möglichkeiten genutzt werden, um die ArbeiterInnen zu aktivieren und zur Selbsttätigkeit anzuleiten.

2c. Demokratie

Die demokratische Selbstorganisation und Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen und deren Kontrolle über die eigenen Kämpfe sind Grundvoraussetzungen, um die Gewerkschaft zu einer wirklich effektiven Interessenvertretung und in letzter Instanz zu einem klassenkämpferischen Organ zu machen. KommunistInnen kommt die Aufgabe zu, diese Dinge nach Kräften zu unterstützen.

Die Scheindemokratie des Gewerkschaftsapparats muss durch eine echte Demokratie der Beschäftigten ersetzt werden. Dazu gehört nicht nur die direkte Wahl von MandatsträgerInnen, sondern z.B. auch ein breiter Diskurs über Probleme der Belegschaft und die Ziele und Vorgehensweisen der Gewerkschaft. Solche Diskussionen müssen möglichst alle Beschäftigten miteinbeziehen, um diese zu aktivieren und ihre Einbeziehung in demokratische Prozesse zu ermöglichen. Die offene Konkurrenz aller Ideen und Vorschläge erhöht dabei die Chance, dass radikalere Maßnahmen ernsthaft bedacht und umgesetzt werden.

RevolutionärInnen fordern die direkte Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit von FunktionärInnen durch Mitgliederversammlungen und – wenn sie selbst Funktionen übernehmen – praktizieren solche Prinzipien in ihrer eigenen Arbeit. Zur Abgehobenheit der Apparate gehört, dass selbst untere FunktionärInnen erhebliche Privilegien genießen und deutlich mehr verdienen, als die meisten Gewerkschaftsmitglieder, die sie vertreten. Deswegen fordern RevolutionärInnen, dass FunktionärInnen nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher FacharbeiterIn.

Bei Verhandlungen, die die gesamte Belegschaft betreffen, muss ununterbrochen propagiert werden, dass die VertreterInnen bei jeglichen Gesprächen mit UnternehmerInnen vor der gesamten Belegschaft Rechenschaft ablegen müssen. Die ArbeiterInnen können auch auf technische Mittel zurückgreifen und z.B. wichtige Gespräche auf einer Leinwand übertragen lassen.

2d. Selbstorganisation

Offene Debatten sind jedoch sinnlos, wenn aus ihnen keinerlei Konsequenzen folgen, z.B. weil die ArbeiterInnen sich zwar

für ein neues Vorgehen entscheiden, der aktuelle Betriebsrat ihre Position aber nicht unterstützt. Statt reformistischer StellvertreterInnen, die zum etablierten Apparat gehören, brauchen die Beschäftigten deswegen eigene Organe, die flexibel auf den Mehrheitswillen reagieren und diesen umsetzen können. Diese bieten wiederum eine Plattform für revolutionäre Linke, die um eine Mehrheit in diesen Organen ringen müssen, mit dem Ziel, eine revolutionäre Strömung in der Gewerkschaft und im Betrieb zu etablieren.

Eine der wichtigsten Einrichtungen dieser Art ist das Streikkomitee, in dem über die Maßnahmen in einer akuten Auseinandersetzung mit der Unternehmensführung entschieden wird. Dabei sollte kein Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern gemacht, sondern die Zusammenarbeit aller streikwilligen Kräfte angestrebt werden.

Darüber hinaus sollte es aber auch in ruhigeren Zeiten regelmäßige Versammlungen der Beschäftigten geben, um sich von der Bevormundung durch die Gewerkschaftsbürokratie zu lösen und auch in kleineren Kämpfen wichtige Erfahrungen zu sammeln.

2e. Einheit

RevolutionärInnen treten grundsätzlich für die Einheit aller ArbeiterInnen ein – also auch für die Einheit der Gewerkschaft. Das heißt, es gibt nur eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten eines Unternehmens, oder besser noch für alle in einer Branche – und in diese können sich alle politischen Strömungen einbringen.

Wir müssen jedoch anerkennen, dass eine zersplitterte Gewerkschaftsbewegung – wie etwa in Frankreich – unter bestimmten Bedingungen für die ArbeiterInnenklasse vorteilhaft sein kann: wenn die Gewerkschaften untereinander um Mitglieder konkurrieren müssen, können sie sich nicht so offen an den Bedürfnissen des Kapitals orientieren, wie es beim DGB der Fall ist. Die Sparten-Gewerkschaften, die in den letzten Jahren von eher privilegierten Schichten der ArbeiterInnenklasse gebildet bzw. gestärkt wurden (Cockpit für PilotInnen, GDL für LokführerInnen und Zugpersonal, Marburger Bund für ÄrztInnen usw.) sind abstrakt gesehen eine negative Erscheinung, weil sie Belegschaften in einzelnen Unternehmen zwischen verschiedenen Gewerkschaften aufteilen. Doch die daraus resultierende Konkurrenz kann konkret dazu führen, dass alle Gewerkschaften kämpferischer auftreten müssen (wie Transnet während des GDL-Streiks Ende 2007). Statt einem abstrakten Ruf nach Einheit ist hier eine flexible Haltung und konkrete Positionierungen gegenüber jedem Arbeitskampf erforderlich. Trotzdem müssen RevolutionärInnen dafür kämpfen, dass die privilegierten Teile der ArbeiterInnenklasse in ihren Forderungen auch die

anderen Teile der Klasse vertreten.

Ähnliches gilt für die Bildung alternativer Listen in einzelnen Betrieben, die bei Wahlen gegen die offizielle Gewerkschaftsliste antreten. Wenn die Bürokratie es unmöglich macht, dass kämpferische ArbeiterInnen auf der offiziellen Liste kandidieren, während sie selbst gegen die Interessen der Belegschaft arbeiten, dann ist die Aufstellung einer Alternativliste absolut zulässig. Das gilt auch für solche, die sich völlig unabhängig von bestehenden Gewerkschaften konstituieren. Zum Beispiel, wenn die Repression und Ignoranz des sozialdemokratisch kontrollierten Gewerkschaftsapparats keine sinnvolle Zusammenarbeit zulassen.

In solchen Fällen ist es nur logisch, dass die fortschrittlichsten ArbeiterInnen nach anderen Möglichkeiten suchen. Diese Initiativen zu verurteilen, nur weil mensch das abstrakte Konzept der Einheitsgewerkschaft in Gefahr sieht, wäre fatal. Stattdessen sollten RevolutionärInnen auf deren Erfolg setzen und sie unterstützen. Schließlich kann so Druck auf den reformistischen Apparat ausgeübt und eine Öffnung für radikalere Strategien erzwungen werden. Langfristig wird so auch wieder das Ziel einer starken, einheitlichen Gewerkschaft erreichbar.

Gegen jegliches bürokratische Manöver in den Gewerkschaften müssen wir bereit sein, uns zu schützen, damit wir nicht von der organisierten ArbeiterInnenklasse abgekoppelt werden. Wir agieren dagegen, dass es dem Reformismus gelingt, die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse von Rest zu trennen. (Wobei natürlich die Avantgarde in der ArbeiterInnenklasse keine statische Einheit ist und ständigem Wandel unterliegt.)

Die Einheit der ArbeiterInnen kann nur auf der Grundlage des historischen Interesses der gesamten Klasse gelingen. Die Forderungen, die sich eben als vorwärtstreibend erweisen, werden von den kämpfenden ArbeiterInnen schnell aufgenommen. Die Einheit ist daher nicht auf der Grundlage der reformistischen und passiven Mehrheit der ArbeiterInnenklasse zu suchen, sondern auf der Grundlage der Forderungen von kämpfenden und fortschrittlichen Teile derselben.

Revolutionäre MarxistInnen sind keine GewerkschaftsfetischistInnen. Die Haltung zur Gewerkschaft interessiert uns nicht wegen der Gewerkschaftseinheit an sich, sondern wegen der Aktionseinheit. Wir verteidigen die Gewerkschaften, solange sich die ArbeiterInnenklasse dort organisiert – wenn aber die ArbeiterInnen sich statt in den Gewerkschaften in Räten organisieren, werden wir die Räte verteidigen.

2f. Unabhängigkeit

Die Idee des Syndikalismus, der ausschließlich auf die Bildung neuer, „unabhängiger“ und revolutionärer Gewerkschaften zielt, führt dagegen in eine Sackgasse. Für einen solchen Aufbau bedürfte es einer

Massenbasis. Die Masse der ArbeiterInnen hat heute jedoch ein zutiefst angepasstes und reformistisches Bewusstsein. Das lässt sich wiederum nur durch kontinuierliche Arbeit in den vorhandenen Gewerkschaften ändern.

Notwendig ist deswegen ein Kern von RevolutionärInnen, der wirklich unabhängig von der Bürokratie ist (weil er auf revolutionärer Programmatik fußt und seine eigenen Entscheidungen trifft), aber trotzdem innerhalb der bestehenden Massenorganisation arbeitet. Dieser Kern sollte auf den gleichen Prinzipien und Kriterien beruhen, wie die revolutionäre Organisation selbst.

Gleichzeitig sollte aber mit einem breiten Feld von UnterstützerInnen eine klassenkämpferische Bewegung an der Basis aufgebaut werden, um möglichst viele ArbeiterInnen zu erreichen. So aufgestellt, kann in größere Bewegungen interveniert und diese unter besonders guten Umständen auch deren Führung übernommen werden. Selbstverständlich muss diese Arbeit mit einer stetigen und ungeschönten Kritik der bürokratischen Führung einhergehen.

2g. Übergangsforderungen

Für eine revolutionäre Gruppe, die sich als politische Kraft in einem Betrieb verankern will, besteht eine Schwierigkeit darin, Forderungen und Losungen aufzustellen, die an den eigenen Erfahrungen und Sichtweisen der ArbeiterInnen anknüpfen, ohne reformistischen Denkmustern anzuhängen oder die Beschäftigten mit abstrakten Klassenkampf-Weisheiten zu verschrecken.

Sinnvoll ist hierbei eine Orientierung an Übergangsforderungen im Stile des Übergangsprogramms der Vierten Internationale. Dabei geht es nicht so sehr darum, welche Forderungen aufgegriffen werden, sondern auf welche Weise sie gestellt und weitergedacht werden. In großen und kleinen Kämpfen gleichermaßen müssen Forderungen so zugespitzt werden, dass ihre Erfüllung über den kapitalistischen Rahmen hinausweist, um eine revolutionäre Perspektive zu geben.

Was heißt das konkret? Wenn eine Fabrik von der Schließung bedroht ist, muss ein Streikkomitee gefordert werden, dass den Ausstand und die Besetzung der Fabrik organisiert. Es muss die Frage aufgeworfen werden: Wozu ist der/die UnternehmerIn gut? Warum wird die Fabrik nur von einer Person kontrolliert und nicht von den ArbeiterInnen?

Scheinbar „unwichtige“ Angelegenheiten wie unbequeme Arbeitskleidung o.ä. können ebenfalls sinnvoll zugespitzt werden. Auch hier lässt sich die Frage aufwerfen: Warum entscheidet irgendein ManagerIn, dass die ArbeiterInnen nur Billig-Schuhe bekommen? Warum entscheiden nicht diejenigen darüber, die sie acht Stunden am Tag tragen müssen?

Wenn der Belegschaft in einer solchen

kleinen Teilfrage die Entscheidungsgewalt zugesprochen wird, entmachtet dies natürlich noch nicht die Unternehmensführung und erschüttert wohl kaum die Grundfesten des Kapitalismus. Es zeigt den ArbeiterInnen aber, dass es sich lohnt, die bestehenden Machtverhältnisse in Frage zu stellen und sich für deren Änderung einzusetzen – vorausgesetzt, diese wurde von ihnen selbst erstritten und nicht unter vier Augen vom Betriebsrat ausgehandelt. Das so erlangte Selbstbewusstsein kann im Zuge weiterer Kämpfe und Erfahrungen in echtes Klassenbewusstsein umgemünzt werden. Aber um eine solche Entwicklung erst einmal in Gang zu bringen, bieten eben auch begrenzte Kämpfe sinnvolle Ansatzpunkte für RevolutionärInnen.

Ein sehr gutes und mittlerweile berühmtes Beispiel für eine erfolgreiche Fabrikbesetzung ist das argentinische Keramikwerk Zanon. Dessen ArbeiterInnen besetzten die Fabrik 2001 und produzieren seitdem unter eigener Regie. Durch die basisdemokratische Selbstverwaltung schafften sie es nicht nur, der Stammebelegschaft gute Löhne zu zahlen, sondern auch noch neue KollegInnen einzustellen – und das trotz des Boykotts durch einige staatliche Stellen und viele Privatunternehmen. Mehr noch – sie verteidigten die Fabrik auch gegen die Rückeroberung durch den offiziellen Eigentümer. Für den Fall, dass die Polizei oder private Sicherheitsdienste einen Räumungsversuch starten würden, hatten sie sich mit Schleudern und selbstgegossenen Keramikugeln bewaffnet.

Hier zeigt sich, dass aus zugespitzten Arbeitskämpfen nicht nur Räte und Versammlungen als Grundlage echter ArbeiterInnen-demokratie, sondern – durch die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung – auch Ansätze für eigene Milizen entstehen können.

Aus der Infragestellung bürgerlicher Besitzverhältnisse (durch die Besetzung einer Fabrik), kann also bald auch die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols folgen: Warum kann die Polizei streikende ArbeiterInnen mit Knüppeln, Tränengas oder schlimmerem attackieren, wenn sie doch nur dazu da ist, das „Recht“ der EigentümerInnen durchzusetzen?

Übergangsforderungen sind nach konkreten Umständen zu wählen. Die Forderungen sollten sich an dem Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse orientieren. Dieser Ausgangspunkt muss mit den theoretischen Erkenntnissen des historischen Materialismus verbunden werden. Z.B. auch wenn kein Ansatz von Betriebsbesetzungen oder Räten vorhanden ist, ist es unsere Aufgabe, solche Ziele zu verbreiten.

Es gibt keine Übergangsforderung, die die ArbeiterInnenklasse in den Sozialismus führt – sie sind keine Zauberformel. Die Macht der Übergangsforderungen liegt darin, dass die ArbeiterInnenklasse ihre Interessen in diesen formuliert sieht. Übergangsforderungen sind immer als Teil eines

Programms für die sozialistische Weltrevolution zu verstehen.

Das Übergangsprogramm ist die Säule einer marxistischen Organisation. Übergangsforderungen können in einem Betrieb entworfen werden, damit die ArbeiterInnen-macht in diesen Betrieben voranschreitet. Übergangsforderungen, die die kapitalistische Gesellschaft überwinden, sollten im Rahmen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geschrieben werden. Als Vorbereitung auf die kommenden Kämpfe sollte das Übergangsprogramm auf der Grundlage der Einschätzung der politischen Lage im Lande und international entworfen werden.

2h. Solidarität

Im Falle Zanons ist die Polizei allerdings nie zur Räumung angerückt, denn die BesetzerInnen waren nicht nur zu militantem Widerstand bereit, sie hatten auch zahlreiche Verbündete. Nicht nur aus der Provinz Neuquén sondern auch aus anderen Teilen des Landes kamen Menschen, um für die Erhaltung der ArbeiterInnenkontrolle zu protestieren. Neben einem Teil der offiziellen Gewerkschaften setzten sich auch LehrerInnen- und Arbeitslosenverbände sowie bekannte Menschenrechtsorganisationen für sie ein. Der Druck wurde so groß, dass Staat und Justiz irgendwann auf die gewaltsame Räumung verzichteten und den ehemaligen Fabrikbesitzer nach acht Jahren des Kampfes sogar offiziell enteigneten.

Der Kampf in einem Betrieb kann über die gewerkschaftlichen Strukturen hinaus zu landesweiten Aktionen und Streiks führen – eben zu politischen Kämpfen. Ein

aktuelles Beispiel dafür ist der Streik der TEKEL-ArbeiterInnen, der von einem gewerkschaftlichen Kampf zum praktischen Generalstreik überging.

Die Vernetzung mit anderen Protesten spielt also eine wichtige Rolle in gewerkschaftlichen Kämpfen. Besonders effektiv ist natürlich die Solidarisierung der ArbeiterInnen untereinander (auch aus verschiedenen Branchen), wenn z.B. an verschiedenen Standorten gestreikt wird, um eine Werkschließung zu verhindern. Die Solidarität anderer unterdrückter Gruppen kann aber ebenfalls eine wichtige Stütze sein – und diese können für ihre Anliegen wiederum massiv vom ökonomischen Drohpotenzial der ArbeiterInnen profitieren.

Es gibt auch Möglichkeiten, außerhalb der Betriebe konkrete Solidaritätsarbeit zu leisten. Die Solidarität mit streikenden ArbeiterInnen in einem Betrieb kann dazu führen, dass RevolutionärInnen neue Kontakte herstellen, Erfahrungen sammeln und ihre Positionen in die Diskussionen werfen. In einem Solidaritätskomitee sollten grundsätzlich alle VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse vertreten sein. Die ArbeiterInnen sollen ihre eigene Erfahrung mit diesen Parteien machen. Unsere Aufgabe ist, konkrete Forderungen im Sinne der ArbeiterInnenkämpfe aufzustellen und andere Parteien aufzufordern, diese zu übernehmen. Wenn sie das tun, ist es im Sinne der ArbeiterInnen; wenn sie das nicht tun, fällt es uns leichter, sie zu bloßzustellen. Deshalb ist es nicht unsere Aufgabe, Solidaritätskomitees nur für „revolutionäre Organisationen“ zu gründen, sondern für die breite Masse der ArbeiterInnenklasse mit ihren Organisationen.

RevolutionärInnen sollten stets für die Verbindung verschiedener fortschrittlicher Protestbewegungen eintreten – auch wenn es dabei oft Vorurteile oder Desinteresse auf beiden Seiten zu überwinden gilt. SchülerInnen und Studierende haben schon Schwierigkeiten, sich bei Bildungsprotesten untereinander zu vernetzen. Sie mit ArbeiterInnenkämpfen zu verbinden, dürfte eine ungleich schwerere Aufgabe sein – es ist jedoch möglich und lohnenswert. Dabei muss darauf gedrängt werden, dass Solidarität keine einseitige Angelegenheit sein darf und sich nicht nur in Lippenbekenntnissen, sondern in praktischen Aktionen äußern muss.

- Für internationale ArbeiterInnensolidarität!
- Für eine Demokratisierung der Gewerkschaften!
- Für eine Verankerung von RevolutionärInnen in den Betrieben und Fabriken!
- Für revolutionäre Fraktionen in den Massengewerkschaften! Für eine klassenkämpferische Basisbewegung!
- Für die Verbindung von ArbeiterInnenkämpfen mit anderen Kämpfen der ArbeiterInnen und Unterdrückten!
- Für eine revolutionäre Perspektive bei jedem Arbeitskampf!

beschlossen von: der ersten Konferenz von RIO DE, Mai 2010, nach einem Entwurf von Tom Hirschfeld

<http://www.revolution.de.com/revolution/1005/konferenz/gewerkschaftsarbeit.html>

Thesen zur Vierten Internationale

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), haben uns mit der Entwicklung der Vierten Internationale von ihrer Gründung im Jahr 1938 bis zur ersten Spaltung im Jahr 1953 auseinandergesetzt. Dabei ging es uns nicht um historische Fragen, sondern um politische Lehren für den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInneninternationalen heute. In den letzten 60 Jahren hat sich der internationale Trotzkismus in Dutzende Strömungen zersplittert, und dieses Dokument bietet keine Analyse dieser Entwicklung an. Aber es liefert eine Grundlage für eine konkrete Untersuchung der verschiedenen Strömungen.

Einleitung

Für uns ist der Trotzkismus keineswegs veraltet. Auch wenn Trotzki den Begriff bis zu seinem Tod als stalinistische Erfindung ablehnte, so steht er heute für die konsequente Verteidigung marxistischer Ideen gegen reformistische oder stalinistische Revisionen. Z.B. bestand Trotzki auf die Notwendigkeit

einer internationalen Revolution, von der Marx bereits gesprochen hatte, als Stalin die Kommunistische Internationale auf die „Theorie des Sozialismus in einem Land“ einschwor.

Dabei konnte Trotzki in einer Reihe von Punkten die marxistische Theorie erweitern: so zeigte er, mit der Systematisierung der „Übergangsmethode“, den Weg, um die Tagesforderungen der ArbeiterInnenklasse mit dem Ziel der sozialistischen Weltrevolution zu verbinden; so erklärte er mit der Theorie der „permanenten Revolution“, wie in einem rückständigen Land nur eine proletarische Revolution grundlegende demokratische Aufgaben lösen könnte; so erklärte er mit der Theorie des „degenerierten ArbeiterInnenstaates“, wie die Sowjetunion und andere sogenannte „realsozialistische“ Ländern nicht kapitalistisch aber auch nicht sozialistisch waren. All diese Punkte halten wir für wichtige Elemente einer revolutionären Theorie in der heutigen Welt – deswegen beziehen wir uns auf den Trotzkismus, auch wenn wir keinen Personenkult betreiben und nicht jede

Aussage Trotzkis unkritisch wiedergeben.

Heute gibt es weltweit Dutzende Strömungen, die sich auf Trotzki und die von ihm gegründete Vierte Internationale beziehen. Teilweise haben sie ähnliche Positionen, teilweise entgegengesetzte; teilweise arbeiten sie solidarisch zusammen und teilweise stehen sie sich feindlich gegenüber. RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, ist eine dieser Strömungen. In diesen Thesen wollen wir die Entwicklung der Vierten Internationale nach Trotzki's Tod nachvollziehen und eine Erklärung für die heutige Zersplitterung des Trotzkismus geben. Damit wollen wir nicht behaupten, dass unsere kleine Strömung die einzige revolutionäre Kraft auf der Welt sei. Nur sind wir der Meinung, dass gerade die großen trotzkistischen Strömungen weniger den revolutionären Marxismus der Vierten Internationale sondern eher den Zentrismus verkörpern.

Mit Zentrismus meinen MarxistInnen all jene Kräfte, die zwischen reformistischen und revolutionären Positionen schwanken. Zentristische Organisationen entstehen oftmals

unter dem Druck von Massenradikalisierungen: so entstand in der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland die USPD, die zwischen der SPD und der KPD schwankte und schliesslich an ihrer eigenen Gegensätzlichkeit scheiterte. In den 30ern entstanden aus der Zweiten und der Dritten Internationale eine Reihe von zentristischen Organisationen, die mit dem Reformismus ihrer Mutterparteien gebrochen hatten aber keine konsequent revolutionäre Politik entwickelten. Die Vorgängerorganisation der Vierten Internationale versuchte, durch Zusammenarbeit aber auch scharfe Kritik, solche zentristische Kräfte für den Marxismus zu gewinnen. Das gelang aber nur bedingt.

Der „trotskistische Zentrismus“ entstand unter besonderen Bedingungen: Die ausbleibende revolutionäre Welle, die Feindschaft der starken sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien und der dadurch dauerhaft fehlende Masseneinfluss der Vierten Internationale erzeugten einen hohen Anpassungsdruck. Mit dem Versuch, durch die Revision von großen Teilen des revolutionären Marxismus der schwierigen Lage beizukommen, schufen die TrotzkiInnen nicht eine der Situation angemessene revolutionäre Programmatik, sondern vollendeten nur ihre Impotenz. Dieser daraus hervorgegangene „trotskistische Zentrismus“ widerspiegelt also nicht so sehr den Gegensatz zwischen revolutionären Massen und einer reformistischen Führung, sondern eher den Widerspruch zwischen einer formell marxistischen Programmatik und einer permanenten Anpassungspolitik.

These I Gründung der Vierten Internationale

Die formale Gründung der Vierten Internationale im September 1938 beendete jenen Zyklus, der 1930 mit der Bildung der Internationalen Linksoption (ILO) begonnen hatte: Den der Sammlung der revolutionären Oppositionellen gegen den Stalinismus, für die Bewahrung und Weiterentwicklung der theoretischen Errungenschaften des Marxismus im 20. Jahrhundert.

Die Vierte Internationale stand zum Zeitpunkt ihrer Gründung vor einer Reihe außergewöhnlicher Probleme:

- Die 30er Jahre waren durch eine Reihe historischer Niederlagen des Weltproletariats gekennzeichnet – die Errichtung faschistischer Diktaturen in Deutschland (1933) und Österreich (1934), imperialistische Überfälle auf halbkoloniale Länder wie Abessinien (1935-1936) und die Erdrosselung der spanischen Revolution (1936-1939);

- Die Sektionen der Vierten Internationale waren durch die Bank weg noch weit von einer echten Verankerung in den proletarischen Massen ihrer jeweiligen Länder entfernt;

- Sowohl die kleinsten Propagandagruppen wie die verhältnismäßig größten Organisationen (z. B. in den USA, Ceylon, Vietnam, Brasilien...) wurden wegen ihres klaren revolutionären Programms nicht nur von faschistischen sondern auch von demokratischen Regimes verfolgt; parallel dazu organisierten die stalinistischen Parteien, der Staatsapparat der UdSSR und insbesondere dessen Geheimdienste weltweit die Verfolgung, Entführung und Ermordung revolutionärer Kader;

- Schließlich wurde die Internationale in einem Moment gegründet, zu dem klar war, dass ein neuer imperialistischer Weltkrieg unmittelbar bevorstand.

These II War die Gründung verfrüht?

Bereits 1933 entschied sich die ILO, dass die Gründung einer neuen Internationale notwendig war, nachdem die Kommunistische Internationale sich unfähig gezeigt hatte, den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland zu führen bzw. die Lehren aus der eigenen Niederlage zu ziehen. Bei der Gründungskonferenz der Vierten Internationale in Perigny bei Paris (3. September 1938) sprachen sich unter anderem die polnischen Delegierten und die Vertreter der Revolutionäre Österreichs (RKÖ) gegen die Gründung einer neuen Internationale in einer Periode der Niederlagen für die ArbeiterInnenbewegung aus.

Wir teilen die Position Trotzki und der Mehrheit der Konferenz, die in der Gründung der Internationale lediglich die logische Konsequenz des jahrelangen Kampfes der bolschewistisch-leninistischen Kader für eine Umgruppierung der revolutionären Kräfte sahen und auf die praktische politische Arbeit der angeschlossenen Sektionen verweisen konnten.

Die Gründung der Vierten Internationale war angesichts der drohenden Weltkriegsgefahr notwendig, um die Kontinuität der revolutionären ArbeiterInnenbewegung zu wahren, die durch den stalinistischen Verrat an den Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale zu reißen drohte. Um dem imperialistischen Druck in allen kriegführenden Ländern zu widerstehen, war ein gut sichtbares Banner notwendig. Und tatsächlich wurden die zentristischen Kräfte, die die Gründung der Vierten Internationale als „verfrüht“ ablehnten (POUM, SAP, ILP), alle in den Wirbeln des Weltkrieges weggefegt.

Mit der Gründung der Vierten sollte für die ArbeiterInnenklasse in den schwierigen Zeiten des Weltkriegs, vor allem aber in der erwarteten revolutionären Nachkriegssituation, eine revolutionäre Führung aufgebaut werden. Im Krieg zeigte sich, dass fast ausschliesslich nur die Kräfte, die in der Vierten zusammengefasst waren, revolutionäre, in-

ternationalistische Positionen vertraten. So waren es nur die TrotzkiInnen, die nicht dem antideutschen Chauvinismus verfielen und z.B. revolutionäre internationalistische Arbeit unter deutschen Wehrmachtssoldaten leisteten.

These III Das Übergangsprogramm

Neben einer Reihe organisatorischer Dokumente und Resolutionen zur Klassenkampfsituation in einzelnen Ländern bzw. Kontinenten beschloss die Gründungskonferenz das bereits seit Monaten intern diskutierte „Übergangsprogramm“: „Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“.

Trotzki, die wichtigste Führungsfigur der jungen Vierten Internationale, hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass dieses Dokument kein vollständiges Programm war. Das Übergangsprogramm wurde in Erwartung eines beispiellosen Gemetzels und einer darauf folgenden revolutionären Offensive des Proletariats geschrieben. In wenigen Jahren hatte das Gemetzel tatsächlich die schlimmsten Befürchtungen übertroffen, doch die revolutionäre Offensive der Nachkriegszeit konnte von SozialdemokratInnen und StalinistInnen in Schach gehalten werden. Eine revolutionäre Führung hätte in dieser Situation den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Krieg verwandeln können – genau diese Aufgabe stellte sich die Vierte Internationale.

Das Übergangsprogramm kann nur als ein Teil des Programms der Internationalen Linksoption bzw. der Vierten Internationale gesehen werden, das in mehr als zehn Jahren in zahlreichen Dokumenten und verschiedenen Interventionen im internationalen Klassenkampf ausgearbeitet wurde.

Die Bedeutung des „Übergangsprogramms“ liegt darin, dass die TrotzkiInnen durch ihr Anknüpfen an die theoretischen Errungenschaften der ersten vier Kongresse der Komintern der reformistischen Trennung des Programms in Minimal- und Maximalforderungen (solche, die nur dem Tageskampf dienen und der abstrakten Propaganda für den Sozialismus) bzw. der Ersetzung des kommunistischen durch ein bürgerliches Programm (die Volksfrontorientierung der Komintern ab 1934) entgegentraten.

Wir sehen die Methode des „Übergangsprogramms“ als wesentlichen Teil unseres Erbes an. In diesem Sinne hat es für uns seine Aktualität behalten. Wir betrachten es nicht als sakrosankten Text, der unabhängig von Raum und Zeit seine Aktualität behalten hat.

Das Übergangsprogramm geht von der objektiven Situation der Jahres 1938 aus. Der Charakter der imperialistischen Epoche ist trotz der Niederlagen des Proletariats weiter gültig. Das „höchste Stadium des Kapitalismus“ hat im Weltmaßstab die Voraussetzungen für sozialistische Revolutionen geschaf-

fen, und zwar nicht nur in den entwickelten kapitalistischen Staaten, sondern auch in der kolonialen und halbkolonialen Welt.

Allerdings haben sich seither die konkreten Rahmenbedingungen wesentlich geändert. Musste die Kommunistische Internationale in ihrer Frühzeit versuchen, die Massen vom sozialdemokratischen Reformismus wegzureißen, sah sich die Vierte Internationale mit dem Stalinismus als zweitem konterrevolutionärem Hindernis konfrontiert. Die Lösung der Führungskrise des Proletariats war daher der entscheidende Eckpunkt für die sozialistische Revolution, welche die Vierte Internationale als mögliches Resultat eines neuen imperialistischen Weltkrieges heranreifen sah.

(Doch die Aussage im Übergangsprogramm, dass die Krise der menschlichen Zivilisation sich auf die Krise der proletarischen Führung reduziert, halten wir heute nur bedingt für richtig. Denn die seit Jahrzehnten anhaltende Führungskrise hat zu einer ungeheuerlich verstärkten Krise der proletarischen Subjektivität geführt: die internationale ArbeiterInnenklasse, zahlenmäßig stärker als jemals in der Geschichte, ist aber gleichzeitig politisch schwächer als zu irgendeiner Zeit seit den frühen Tagen der ArbeiterInnenbewegung.)

These IV Die Vierte Internationale im Krieg

Zu Beginn des 2. Weltkrieges sah sich die junge Internationale vor eine Reihe von Problemen gestellt: Ein Drittel der Mitglieder der US-amerikanischen Sektion, der Socialist Workers Party (SWP), brach rund um die Positionen von Shachtman und Burnham, welche die Einschätzung der UdSSR als degenerierter ArbeiterInnenstaat und daher die Verteidigung der Sowjetunion im Falle eines imperialistischen Angriffs ablehnten, mit der Partei; die französische Sektion durchlebte eine Reihe von Krisen und Spaltungen.

Die SWP war damals sowohl politisch als auch organisatorisch die stärkste Sektion. Trotz ihrer Probleme mit der eingeschränkten Demokratie in den USA wäre sie wohl die Kraft gewesen, die unter den schwierigen Bedingungen des Weltkrieges den Zusammenhalt die Vierte Internationale hätte sichern können. Ihrer internationalistischen Verantwortung für besondere Anstrengungen, um die Internationale zu führen, wurde die SWP aber nicht gerecht: ihre nationalbornierte Haltung hinderte sie daran, für die Internationale und vor allem ihre europäischen Sektionen eine klare Perspektive zu erarbeiten. Andererseits kommt der SWP das Verdienst zu, durch Kader, die in der amerikanischen Marine und in den Streitkräften dienten, trotzlistisches Propagandamaterial in alle Welt, inklusive die Sowjetunion, transportiert und in Europa das Netz der Sektio-

nen neu geknüpft zu haben.

Die Notkonferenz vom Mai 1940 bekräftigte die Perspektive der Orientierung der Sektionen auf eine revolutionäre Krise im Gefolge des Weltkrieges.

In Europa führten die Erfahrungen mit dem Naziregime zu einer Reihe von Fehlern und Abweichungen: Teile der französischen trotzkistischen Bewegung gaben dem nationalistischen Druck der französischen Klein- und Großbourgeoisie nach und passten sich an einen angeblichen „naturwüchsigen Nationalismus“ der proletarischen Massen an. Die deutsche IKD übersteigerte diesen Fehler noch, indem sie für das von den Nazis besetzte Europa jede sozialistische Perspektive aufgab und von der Notwendigkeit einer neuen Ära der bürgerlich-demokratischen Revolutionen sprach.

In den USA zeigten sich in der SWP Tendenzen, die klassische Position des revolutionären Defätismus aufzuweichen. Im Namen der „Revolutionären Militärpolitik“ wurde der Anschein erweckt, dass die Unterstellung der bürgerlichen Armee unter die Kontrolle der Gewerkschaften ausreiche, um ihren Charakter in eine Art ArbeiterInnenmiliz umzuwandeln. Diese Position steht im krassen Widerspruch zur marxistischen Position, dass die ArbeiterInnen die bestehende Staatsmaschine nicht übernehmen und für ihre Zwecke ausnutzen können, sondern sie zerschlagen und ihre eigenen Machtorgane errichten müssen.

Gleichzeitig argumentierte die SWP-Führung in dem Sinne, dass der deutsche Faschismus die größte Bedrohung für das amerikanische Proletariat wäre. Damit rückte der eigentlich zentrale Kampf gegen die eigene Bourgeoisie in den Hintergrund.

Der nazistische Terror und der Kriegsverlauf behinderten naturgemäß die Verbindung zwischen den Sektionen. Das 1942 gegründete Europäische Sekretariat konnte seinen Aufgaben nur mangelhaft nachkommen, die notwendige Konspiration führte zur Stärkung der Position des Sekretärs des Europäischen Sekretariats, Marcel Hic, der ein Vertreter der oben skizzierten nationalistischen Linie war. Die Schaffung des Provisorischen Europäischen Sekretariats im Sommer 1943 verbreiterte die internationale Führung und behob die organisatorischen und politischen Mängel teilweise, die Verhaftung und Ermordung wichtiger Kader in Frankreich im Oktober 1943 bedeutete jedoch einen wesentlichen Rückschlag für die Reorganisation der Internationale in Europa.

Erst auf der Europäischen Konferenz (Februar 1944) wurden die nationalistischen Fehler umfassender kritisiert und zumindest an der Oberfläche überwunden. Als Konsequenz aus dem Sturz des italienischen Faschismus wurde ein Katalog von Übergangsforderungen für Länder erarbeitet, in denen sich die Möglichkeit eines Sturzes der faschistischen Herrschaft abzeichnete.

These V Die revolutionäre Nachkriegskrise

Die revolutionäre Welle nach Ende des 2. Weltkrieges erreichte nicht die Intensität, die von der Vierten Internationale bei ihrer Gründung und auf ihrer Notkonferenz prognostiziert worden war. Der Stalinismus ging nicht – wie von Trotzki einst erwartet – geschwächt, sondern gestärkt aus dem Krieg hervor. Die Annahme, dass die US-amerikanische Bourgeoisie die demokratische Maske fallen lassen und in Richtung Faschismus gehen würde, hatte sich nicht bewahrheitet.

Die junge Führung der Vierten Internationale konnte jedoch die widersprüchliche Nachkriegssituation nicht korrekt einschätzen und stützte sich in erster Linie auf die Prognosen, die im Übergangsprogramm von 1938 aufgestellt wurden. Die wirtschaftliche Erholung des Kapitalismus in der Nachkriegsperiode – insbesondere jene des US-Imperialismus – wurde ignoriert oder heruntergespielt.

Zu diesem Zeitpunkt band der lange Boom wichtige Teile der ArbeiterInnenklasse im Westen an die kapitalistische Ordnung, was die revolutionären Kräfte stark isolierte.

Trotzdem erklärte die Führung der Vierten Internationale unreflektiert die von Trotzki 1938 als Möglichkeit prognostizierten Zusammenbruchstendenzen von Sozialdemokratie und Stalinismus zur aktuellen Realität. Der Vierten gelang es daher nicht, die Sektionen auf der Basis einer korrekten Einschätzung der Weltlage für ihren politischen Tageskampf zu bewaffnen.

Die Sektionen der Internationale gingen – entsprechend den Erwartungen der Vorkriegszeit – mit dem Bewusstsein eines unmittelbar bevorstehenden revolutionären Durchbruchs in die Nachkriegssituation. Die internationale Konferenz der Vierten Internationale (1946) ging in ihren Dokumenten von einer „langen revolutionären Periode aus“. Trotz aller Vorsicht in den Formulierungen des Hauptdokuments des Parteitags der US-amerikanischen SWP im November 1946 – den „Thesen zur amerikanischen Revolution“ – ist die Perspektive einer proletarischen Revolution in den USA in nächster Zukunft deutlich herauszulesen.

These VI Zentristische Abweichungen

Ab 1948 wurde eine Revision der trotzkistischen Position gegenüber dem Stalinismus sichtbar: Während für die Sowjetbürokratie die Charakterisierung der UdSSR vorerst die „orthodoxe“ Position aufrechterhalten wurde, warf das Internationale Sekretariat der Vierten Internationalen diese Grundsätze im „Sonderfall“ Jugoslawien über Bord.

Die Konflikte zwischen der Sowjetbürokratie und der jugoslawischen Bürokratie unter dem Stalinisten Josip Broz Tito, die 1948 zu einem offenen Bruch führten, waren für das Internationale Sekretariat Beweis genug, dass die KP Jugoslawiens mit dem Stalinismus gebrochen und sich zu einer zentristischen Partei gewandelt hatte. Zur Untermauerung dieser Position wurde der Begriff Stalinismus neu definiert. Als wesentliches Kriterium des Stalinismus wurde die „Unterordnung der Interessen der ArbeiterInnen eines jeden Landes unter die Interessen der Sowjetbürokratie“ definiert – ein gewaltiger Unterschied zu jenen Punkten, die für TrotzkiInnen historisch den Stalinismus charakterisieren:

- ein ArbeiterInnenstaat, der von einer selbstständigen und privilegierten Bürokratie kontrolliert wird;
- die Theorie von der Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Land;
- die Unterordnung des Ziels der Weltrevolution unter die friedliche Koexistenz des ArbeiterInnenstaates mit dem Kapitalismus;
- die politische Entmachtung des Proletariats und die Errichtung einer bürokratischen Diktatur über das Proletariat;
- der Verrat an den historischen Interessen des Proletariats im Namen von Volksfronten, anderen Formen der Klassenkollaboration oder ultralinken Abenteuern.

In Jugoslawien führte diese geänderte Position zu einem Verzicht auf das Ziel einer politischen Revolution gegen die Bürokratie und die Rolle der revolutionäre Partei wurde auf eine Beratungsfunktion für die Titobürokratie beschränkt. Die Massen sollten nicht die Bürokratie stürzen, sondern sie durch genügend Druck auf revolutionären Kurs bringen. Der Aufbau einer eigenen, unabhängigen Partei war unter diesen Bedingungen nicht notwendig. Durch brüderliche Kritik sollten die zentristischen Abgleitflächen der KP Jugoslawiens ausgemerzt werden. Selbst eine gemeinsame Internationale wurde der stalinistischen Titobürokratie angeboten, diese lehnte aber ab. In Deutschland gab es sogar kurzfristig eine titoistische Partei (UAPD), in der die TrotzkiInnen mitarbeiteten.

Das jugoslawische Beispiel war der erste Schritt auf einem langen Weg der Vierten Internationale auf der Suche nach „Abkürzern“ im Parteaufbau, bei denen gemeinsam mit nichtrevolutionären Kräften die Führungskrise des Proletariats gelöst werden sollte.

These VII Revisionistische Theorien

Impressionistisch musste die Führung der Vierten Internationale auf die Änderungen in der Weltlage – Umwälzung der sozialen Strukturen in Osteuropa, Revolution in China – reagieren, wollte sie ihren Anspruch aufrechterhalten, als internationales revolutionäres Zentrum auf Schlüsselfragen des

internationalen Klassenkampfes Antworten formulieren zu können. An verschiedenen Fronten wurden dabei wesentliche Grundlagen der marxistischen Methode über Bord geworfen.

Nicht mehr der Klassenantagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern der Widerspruch zwischen zwei „Lagern“ – „Imperialismus und Stalinismus“ – prägte nun die internationale Situation. Haupttheoretiker dieser Einschätzung wurde der Generalsekretär der Vierten Internationale, Michel Pablo.

Die nun nicht mehr abstreitbare Erholung der kapitalistischen Weltwirtschaft wurde als Argument dafür angesehen, dass sich die Kriegstendenzen zwischen dem „imperialistischen“ und dem „stalinistischen“ Lager verschärfen. Die Notwendigkeit der Expansion des imperialistischen Weltmarktes mache einen neuen Weltkrieg so gut wie unausweichlich. Für die „Natur“ dieses Krieges prägte Pablo ein neues Begriffspaar: die „Kriegs-Revolution“ oder der „Revolutions-Krieg“.

Dadurch bekomme aber der Stalinismus plötzlich wieder einen progressiven Charakter: Durch die vorhergesagte Expansion der degenerierten ArbeiterInnenstaaten wurde die stalinistische BürokratInnenendiktatur für Pablo eine notwendige Zwischentappe auf dem unausweichlichen Weg zum Sozialismus, der Stalinismus werde dementsprechend aus „objektiver Notwendigkeit“ verschwinden. Die Notwendigkeit der politischen Revolution zum Sturz der Bürokratie wurde damit über Bord geworfen. Nach dieser Theorie war die Notwendigkeit einer trotzkistischen Internationale letztendlich auch nicht gegeben.

Darüber hinaus wurde eine folgenschwere programmatische Weiche gestellt: Jene Sektionen, denen entgegen der Beschlüsse der Nachkriegskonferenzen der Internationale der „Aufbau von revolutionären Massenparteien“ nicht gelungen war, sollten sich nun auf die Gewinnung von „Einfluss“ auf die ArbeiterInnenbasis der sozialdemokratischen und stalinistischen Massenparteien konzentrieren.

These VIII Kritik an der Führung

Trotz aller angeführten Mängel war die Vierte Internationale bis Ende der 40er Jahre eine lebendige revolutionäre Kraft und ein Anziehungspunkt für die fortgeschrittensten und bewusstesten Elemente der ArbeiterInnenklasse in der ganzen Welt. Die skizzierten revisionistischen Abgleitflächen oder offen revisionistischen Positionen blieben daher auch in den Sektionen nicht unwidersprochen.

Felix Morrow (SWP) widersprach der Mehrheitslinie der amerikanischen Sektion und des Europäischen Sekretariats, die die Errichtung stabiler bürgerlich-demokratischer Regimes in Europa ausschloss; zugleich beton-

te er die Rolle demokratischer Forderungen als Teil eines Übergangsprogramms. Weiters warnte er vor der Meinung, der US-Imperialismus hätte kein Interesse daran, die europäischen Imperialismen durch Kapitalexporte und Investitionen zu stabilisieren.

Die britische Revolutionary Communist Party (RCP) setzte der katastrophistischen Einschätzung der internationalen Führung bezüglich einer sich unabwendbar verschärfenden wirtschaftlichen Krise des Imperialismus im Weltmaßstab eine differenzierte Einschätzung entgegen, die vom Wirtschaftsaufschwung in den USA ausging und ein langsames, aber dennoch spürbares Wachstum der kapitalistischen Volkswirtschaften in Europa prognostizierte. Gleichzeitig versuchte die RCP die Position der Internationale bezüglich der „sich verschärfenden Krise des Stalinismus“ zu korrigieren und verwies dabei auf die Stärkung der Kremlbürokratie durch ihren militärischen Sieg über den deutschen Faschismus und die Ausdehnung ihrer Einflussphäre in Osteuropa. Als einzige Sektion übte die RCP auch Kritik am „Offenen Brief“ des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale an die jugoslawische KP, der die Differenzen zwischen Trotzkiismus und Stalinismus herunterspielte.

In der französischen Sektion kritisierte ein Führer der PCI, Favre-Bleibtreu, die Blocktheorie Pablos und unterstrich die Bedeutung des Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat als wesentlichem Bestimmungspunkt jeder Analyse der politischen und wirtschaftlichen Lage.

Auch wenn wir rückblickend feststellen können, dass es keiner Minderheitsposition in der Internationale gelang, eine komplette Plattform zur Korrektur dieser Fehler zu entwickeln; auch wenn wir heute wissen, dass viele der KritikerInnen über kurz oder lang mit der Vierten Internationale brachen oder sich ins Privatleben zurückzogen – die Bedeutung ihrer Kritik liegt bis heute darin, dass sie ansatzweise eine revolutionäre Alternative zu den zentristischen Positionen der internationalen Führung entwarfen.

These IX Der 3. Weltkongress der Vierten Internationale...

Trotz etlicher Änderungen folgte der 3. Weltkongress der Vierten Internationale 1951 der Linie, die Pablo Anfang des gleichen Jahres in einem berühmt gewordenen Text entwickelt hatte – „Wohin gehen wir?“. Als Lehre aus der jugoslawischen und chinesischen Entwicklung – dort war unter Mao ein von allem Anfang an degenerierter ArbeiterInnenstaat errichtet worden – wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die KPen nicht mehr konterrevolutionäre Kräfte seien, sondern „unter bestimmten ungewöhnlichen Umständen die Möglichkeit für eine revolutionäre Orientierung“ besäßen.

Die organisatorische Konsequenz dieser Orientierung war der Entrismus sui generis – ein Entrismus „neuer Art“. Trotzki verstand unter „Entrismus“ oder „Eintrittstaktik“, dass eine der Sektionen der Vierten Internationale unter Beibehaltung ihrer Organisationsstrukturen und ihrer Presseorgane in eine bestehende reformistische Partei mit Massenanhänger, deren Basis sich radikalisiert hatte, eintritt und dafür kämpft, dass sich diese auf eine revolutionäre Grundlage stelle. Im Gegensatz zu diesem Entrismus, den Trotzki unter anderem in den 30er Jahren der französischen Sektion und der SWP vorgeschlagen hatte und dessen Ziel ein zeitlich begrenzter Fraktionskampf war, sollten sich nun die Sektionen der Vierten Internationale in stalinistische und (in geringerem Maße) sozialdemokratische Parteien langfristig integrieren, um „Druck“ auf die angeblich lernfähigen Führungen dieser Parteien auszuüben. Um diesen tiefen und lang anhaltenden Entrismus angesichts der antikommunistischen Hexenjagd der Marshallplanperiode durchzustehen, wurde den Sektionen empfohlen, ihre revolutionäre Politik – zumindest in den ersten Jahren – zu verstecken.

Diese Suche nach „Abkürzern“ wurde über die Klassengrenzen hinaus ausgeweitet – der argentinische bonapartistische Machthaber Juan Peron wurde zum „antikapitalistischen“ Führer erklärt, womit der Weg für die Anpassung der argentinischen Sektion unter der Führung von Nahuel Moreno an den Peronismus geebnet wurde.

These X ...und der Absturz in den Zentrismus.

Die Vorbereitung und die Beschlüsse des 3. Weltkongresses markieren für uns jene Wende, mit der wir das Ende der Vierten Internationale als revolutionärer Internationale feststellen. Grundsätzliche Positionen der revolutionären Theorie und Praxis wurden über Bord geworfen. Wenn man von einigen Detailkritiken absieht, die aber keinen prinzipiellen Charakter annahmen, machten die Sektionen und nationalen Führungen den revisionistischen Schwenk der internationalen Führung mit. Gleichzeitig hatte es in der Vorkongressperiode einen weiteren Bruch mit den bisherigen Prinzipien der Vierten Internationale gegeben, die auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus beruhten: Oppositionelle Positionen wurden unterdrückt oder gegenüber der Mitgliedschaft verschwiegen, offene Debatten wurden durch fraktionelle Absprachen hinter den Kulissen ersetzt.

Der 2. Weltkongress 1948 hatte zwar die falsche Weltlageeinschätzung der vorhergehenden Periode noch weiter verfestigt und ging von einem unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg aus, der sich in einen internationalen BürgerInnenkrieg verwandeln

würde. Er hielt aber noch die revolutionären programmatischen Positionen aufrecht. Der 3. Weltkongress ging einen wesentlichen Schritt weiter und revidierte auch die programmatischen Grundlagen und markiert damit den endgültigen Übergang der Vierten Internationale in den Zentrismus.

Während der bolivianischen Revolution von 1952 konnte die bolivianische Partido Obrero Revolucionario (POR) diese falsche Perspektive umsetzen, da sie eine der wenigen Sektionen der Vierten Internationale war, die über einen Masseneinfluss verfügte. Dieser wurde allerdings dazu eingesetzt, um in die aus der Revolution hervorgegangene Regierung der bürgerlich-nationalistischen MNR einzutreten, mit dem Ziel diese nach links zu drängen, statt konsequent für eine permanente Revolution zu kämpfen. Aus den Reihen der Vierten Internationale erhoben sich nur einzelne Stimmen an der Basis (Vern-Ryan-Tendenz aus Kalifornien) gegen diese zentristische Politik.

Die SWP gab Pablo und seinen AnhängerInnen volle Rückendeckung – auch wenn sie sich in den folgenden Jahren als militante „AntipablistInnen“ zu inszenieren versuchten. Der Widerstand der Mehrheit der französischen Sektion entzündete sich nicht an der falschen Weltlageeinschätzung oder der Revision der Charakterisierung des Stalinismus – er machte sich an den verhängnisvollen Auswirkungen der entrismus-sui-generis-Taktik vor Ort in Frankreich fest. Damit blieben oppositionelle Strömungen innerhalb der Vierten auf taktische Fragen beschränkt und entwickelten keine grundlegende Kritik an der programmatischen Anpassung der gesamten Internationale in der Nachkriegszeit.

These XI Die Spaltung der Vierten Internationale von 1953

Dem Übergang in den Zentrismus von 1951 folgte 1953 die organisatorische Zersetzung. Angeführt von der US-amerikanischen Sektion SWP spalteten sich eine Reihe von Sektionen von der Vierten Internationale ab und bildeten das „Internationale Komitee der Vierten Internationale“ (IK). Der Rest der Vierten Internationale wurde in der Folge als „Internationales Sekretariat der Vierten Internationale“ (IS) bezeichnet.

Das maßgebliche Gründungsdokument des „Internationalen Komitees“ war der „Offene Brief“ der amerikanischen SWP „An die TrotzkiInnen der ganzen Welt“ vom 16. November 1953, der wesentliche Positionen des Trotzkiismus in Erinnerung rief und die Absetzung der Führung des Internationalen Sekretariats forderte. Mit keinem Wort wurde erklärt, warum die SWP jahrelang die Politik der Führung rund um Michel Pablo unterstützt hatte oder wodurch die plötzliche Erkenntnis gewonnen worden war, dass das IS

mit dem Trotzkiismus gebrochen hätte.

Tatsächlich hatte die SWP-Führung dem Ausschluss der Pablo-kritischen Mehrheit der französischen Sektion zugesehen bzw. diesen sogar unterstützt und war erst dann aktiv geworden, als Pablo in den USA selbst eine Fraktion in der SWP aufbaute (Cochran-Bartell-Clarke-Fraktion). Eine selbstkritische Bilanz der Politik der Vierten Internationale und der SWP in der Nachkriegsphase fehlte im „Offenen Brief“ daher.

Das IK kam über die Forderung nach der „Absetzung“ des IS nicht hinaus – statt konsequenter Schritte für den Aufbau eines internationalen trotzkiistischen Zentrums, die eben eine kritische Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit vorausgesetzt hätte, setzten die Gründungssektionen (die SWP, die Schweizer, britische, französische, chilenische, argentinische und kanadische Sektionen) auf eine föderalistische Konzeption. Statt der gemeinsamen Erarbeitung von revolutionären Positionen herrschte eine Mentalität der Nichteinmischung in die Politik der anderen Sektionen des IK vor.

Damit wurde zentristischen, zumeist opportunistischen Abweichungen in den einzelnen Ländern und dem „National-Trotzkiismus“ Tür und Tor geöffnet und die historische Chance für die Reform der Vierten Internationale verspielt. Die Anpassung der französischen IK-Sektion um Lambert an die kleinbürgerliche algerische MNA bewegte sich auf der gleichen Ebene wie die Kapitulation der französischen IS-Sektion vor der algerischen kleinbürgerlichen FLN; der „tiefe Entrismus“ der IS-Sektionen findet sein Pendant im tiefen Entrismus der britischen IK-Sektion Gerry Healys in der Labourparty. Es gab zwar unterschiedliche politische Antworten von IK und IS, alle hatten aber ein ähnliches zentristisches Grundverständnis.

These XII Kontinuität gerissen

Zusammenfassend müssen wir feststellen: Die Vierte Internationale war nach dem Krieg nur eingeschränkt fähig, die Weltlage zu analysieren und die Entwicklung in Osteuropa programmatisch zu beantworten. Dies führte am 3. Weltkongress endgültig zu einer programmatischen Revision und zur Anpassung an die stalinistische Bürokratie, die Sozialdemokratie und kleinbürgerlich-nationalistische Strömungen.

Als Folge dieser Anpassung hat sich der Trotzkiismus zersplittert. An dieser Stelle kann nicht mal oberflächlich auf alle Strömungen, die seit dem Zusammenbruch der Vierten Internationalen entstanden sind, eingegangen werden. Doch wir meinen, dass die Streitigkeiten innerhalb des Trotzkiismus in erster Linie auf die Frage zurückzuführen sind, an welche nicht-proletarischen Kräfte man sich anpassen sollte bzw. wie weit. Eine weltweit anerkannte Strömung, die konsequent die politische Unabhängigkeit von

der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie, dem Stalinismus und diversen kleinbürgerlichen Strömungen aufrechterhielt, sehen wir in der heutigen Welt nicht.

Trotz aller richtigen Teilanalysen, die von diversen Strömungen, die sich auf den Trotzismus berufen, geleistet wurden, gelang es keiner Tendenz innerhalb der trotzkistischen Bewegung, diese programmatischen Aufgaben bis heute zu lösen. Damit ist für uns die revolutionäre Kontinuität seit dem 3. Weltkongress der Vierten Internationale gerissen und wurde seither nicht wieder hergestellt. Es existieren sicherlich verschiedene „rote Fäden“ – eben diese richtigen Teilanalysen, die trotzkistische Strömungen erarbeitet haben, auch bei Polemiken unter sich – und von daher können wir auch viel vom internationalen Trotzismus lernen. Doch keine dieser Strömungen kann von sich behaupten, eine Kontinuität zu Trotzki Vierter Internationale zu verkörpern.

Die im Übergangsprogramm ausgearbeitete Übergangslogik ist für uns nach wie vor die zentrale Methode für die Erstellung eines neuen, revolutionären Programms. Dieses ist aber nicht eine Ansammlung von „ewigen“ revolutionären Wahrheiten, sondern muss auch eine Einschätzung der vergangenen und zukünftigen Periode und den daraus entspringenden zentralen Aufgaben geben.

Das Übergangsprogramm von 1938 ging von einer revolutionären Periode und der Todeskrise des Kapitalismus aus. Mit dem Einsetzen des wirtschaftlichen Aufschwungs und dem Abflauen der revolutionären Nachkriegssituation kam das Programm immer mehr mit der Wirklichkeit in Widerspruch, die Übergangslösungen waren immer weniger eine Brücke vom aktuellen Bewusstsein der Massen bis hin zur Machteroberung. Diese Methode war aber weiterhin die notwendige Ausrichtung für jede revolutionäre Politik und vor allem für die revolutionäre Propaganda.

Neben der von Trotzki festgestellten Unvollständigkeit fehlten dem Übergangsprogramm notwendigerweise eine Analyse der Entwicklungen in Osteuropa, eine korrekte Einschätzung des Stadiums des Imperialismus und der Weltlage und davon abgeleitet die zentralen Antworten für die neue Periode. Das Übergangsprogramm von 1938, so wichtig uns die Methode seine Übergangsforderungen auch weiterhin ist, war aber als Aktionsprogramm nicht mehr aktuell und hätte etwa um 1948 durch ein neues ersetzt werden müssen.

Jede Strömung, die sich auf den Trotzismus beruft, muss zu den zentristischen Abweichungen der Vierten Internationale zwischen 1948 und 1951 eine klare Position beziehen. Es genügt nicht, einzelne Positionen der Politik der Internationale zu kritisieren. Vielmehr muss klar ausgesprochen werden, wo die methodischen und programmatischen Fehler der Politik der Vierten Internationale liegen.

Wenn wir die revolutionäre Kontinuität

als gerissen ansehen, hat das natürlich auch Implikationen für unsere Vorstellungen vom Aufbau einer neuen Internationale. Heute gibt es viele internationale Strömungen die von Splintern der Vierten Internationale gegründet wurden und die sich selbst als „die“ Vierte Internationale, als „wiederaufgebaute“ oder als „Fünfte Internationale“ bezeichnen. Strömungen, die den Anspruch erheben, eine Kontinuität zu repräsentieren, die jedoch durch den Zentrismus längst zerstört wurde, versuchen in der Regel, einer tiefgehenden Bilanz über die revisionistische Entartung der Vierten Internationale auszuweichen. Sie greifen auf Versatzstücke des Programms der historischen Vierten Internationale zurück, ohne theoretisch und methodisch mit jenen Fehlern zu brechen, die zu deren Scheitern geführt haben.

Für uns ist der Aufbau einer neuen revolutionären Internationale eine unbedingte Notwendigkeit, um im Klassenkampf eine internationale Führung des Proletariats aufbauen zu können. Heute sehen wir jedoch keine Ansätze einer Bewegung, aus der in der nächsten Zeit eine revolutionäre Internationale entstehen könnte. Deswegen besteht für uns heute auch keine Notwendigkeit, uns auf einen konkreten Namen oder eine konkrete Nummer für die von uns angestrebte neue, revolutionäre Internationale festzulegen. Wir lehnen irgendeine internationale, die sich nicht auf die ArbeiterInnenklasse und den revolutionären Marxismus stützt – sei es gemeinsam mit dem von NGOs gestützten Weltsozialforum oder der bürgerlichen Chávez-Regierung von Venezuela – entschieden ab. Eine neue Internationale muss sich auf die politischen und theoretischen Errungenschaften der ersten vier stützen oder sie wird gar nichts sein.

Schlussfolgerungen

Für uns besteht die Aufgabe der Stunde darin, politische Grundsteine für den Aufbau einer neuen, revolutionären Internationale zu legen. Dazu genügt es nicht, die zersplitterten Kräfte der „trotzkistischen Familie“ irgendwie zusammenzubringen – denn die meisten trotzkistischen Kräfte stehen leider dem Zentrismus näher als dem revolutionären Marxismus. Eine neue Internationale der bestehenden Kräfte des „Anpassungs-trotzkismus“ könnte die Führungskrise des Proletariats keineswegs lösen. Die meisten Erben der Vierten Internationale sind programmatisch so weit degeneriert, dass eine Neugruppierung nur auf einer erneuerten, wirklich revolutionären Grundlage möglich ist.

Eine zentrale Aufgabe ist die Entwicklung eines Programms für die jetzige Periode, die Antworten auf die wichtigsten Fragen des internationalen Klassenkampfes anbietet. Das kann aber nur durch den systematischen Aufbau revolutionärer Organisationen, die als organischer Teil der ArbeiterInnenschaft

in den konkreten Klassenkampf eingreifen, gelingen – denn ein marxistisches Programm entsteht nicht einfach am Schreibtisch sondern aus der Verbindung wissenschaftlicher Analyse mit den Erfahrungen der fortschrittlichsten Teile der internationalen ArbeiterInnenklasse.

Jedoch lehnen wir die Vorstellung ab, dass die Gewinnung einer Basis in der ArbeiterInnenklasse die revolutionäre Organisation automatisch zum richtigen Programm führen oder sie vor dem politischen Verfall bewahren würde. (D.h. wir lehnen die einseitige Fixierung auf Betriebsinterventionen auf Kosten programmatischer Arbeit, wie es etwa bei der Tradition der französischen Organisation „Lutte Ouvrière“ der Fall ist, ab.) Denn selbst die klassenbewusstesten ArbeiterInnen sind ohne die richtige Strategie zur Niederlage verdammt. Revolutionäre MarxistInnen müssen ein Programm entwickeln, es in die Tat umsetzen und es dabei jederzeit der Kritik der gesamten ArbeiterInnenbewegung aussetzen.

Konkret sehen wir unsere Aufgabe darin, den Austausch mit anderen, uns nahe stehenden trotzkistischen Strömungen zu suchen, um ein marxistisches Programm für die kommende Periode auszuarbeiten. Dazu gehört eine ernsthafte aber solidarische Kritik an anderen Positionen. Dabei werden wir uns nicht auf diesen Austausch beschränken, sondern – soweit es uns möglich ist – an den Kämpfen der ArbeiterInnen teilnehmen und dabei revolutionäre Politik entwickeln und eine revolutionäre Organisation aufbauen. Wir kommen nicht auf die absurde Idee, uns als einzige revolutionäre Kraft auf dem Planeten zu proklamieren. Doch wir denken, dass eine wirklich revolutionäre Kraft nur durch programmatische Arbeit – und dazu gehört eben eine Analyse des Scheiterns der Vierten Internationale – und konkrete Interventionen im Klassenkampf aufgebaut werden kann.

• Für eine neue revolutionäre ArbeiterInnen-Internationale!

beschlossen von der 1. Konferenz von RIO DE, Mai 2010, nach einem Entwurf von Wladek Flakin

<http://www.revolution.de.com/revolution/1005/konferenz/vierteinternationale.html>

Zur „Fünften Internationale“ von Chávez

Bei einem internationalen Treffen von linken Parteien am 21. November in Caracas rief der Präsident von Venezuela, Hugo Chávez Frias, zur Formierung einer „**Fünften Internationalen**“ auf. Wie sollen SozialistInnen auf diesen Aufruf reagieren? Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um etwas zur Debatte über die Frage, welche Art von Organisation im Kampf gegen den Kapitalismus notwendig ist, beizutragen. Wir denken, der erste Schritt muss sein, das politische Programm von Chávez' Aufruf und die die sozialen Kräfte dahinter zu analysieren.

Dieser Aufruf wurde von politischen Parteien aus 40 Ländern unterschrieben¹. Die Liste beinhaltet neuere populistische Formationen aus Lateinamerika (wie die bolivianische **MAS** und natürlich die venezolanische **PSUV**), aber auch sogenannte „kommunistische“ Parteien, welche kapitalistische Staaten führen (beispielsweise die **chinesische** und die **vietnamesische Kommunistische Parteien**), linke reformistische Parteien (wie „**die Linke**“ aus Deutschland, „**Rifondazione**“ aus Italien und die **japanische CP**) und auch ältere populistische Formationen (wie die **FSLN** aus Nicaragua und die **FMLN** aus EL Salvador). Aber die Liste beinhaltet sogar Parteien, die vielleicht vor mehr als 50 Jahren als populistisch hätten gelten können, beispielsweise die **peronistische Partei** aus Argentinien oder die **PRI** aus Mexiko (welche das Land 70 Jahre geführt hatte). Es gibt auf dieser Liste des weiteren auch nationale Befreiungsbewegungen, welche bürgerliche Regierungsparteien wurden, wie die **ZANU-PF** aus Simbabwe und die **Al Fatah** aus Palästina. Zu guter Letzt gibt es auch noch Parteien, die überhaupt keine progressive Tradition haben, wie die **liberale Partei** von Honduras.

Der Aufruf zu einer neuen Internationalen ist ein Ausdruck der widersprüchlichen Situation auf der Welt zu Beginn eines neuen Jahrzehnts. Konfrontiert mit einer Wirtschaftskrise globalen Ausmasses, kooperierten verschiedene kapitalistische Staaten bis zu einem gewissen Grad, um die Krise einzuschränken (Beispielsweise bei den G20-Gipfeln). Die ArbeiterInnenklasse hingegen, welche die grössten Lasten der Krise tragen muss, konnte bisher nicht international koordiniert darauf antworten.

Die Arbeiterklasse muss sich international organisieren, um ihre Interessen zu verteidigen. In der Geschichte gab es bis heute

vier solcher ArbeiterInneninternationalen²:

- Die **Erste Internationale** (1864-1876) etablierte die ersten politischen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und unterstützte die Pariser Kommune, bevor sie der Reaktion und sektiererischen Flügeln zum Opfer fiel.

- Die **Zweite Internationale** (1889-1914) baute Massenorganisationen und Gewerkschaften auf, bis letztendlich ihre Parteien vor dem nationalistischen Druck kapitulierten, „ihre“ Regierungen im Ersten Weltkrieg zu unterstützen.

- Die **Dritte Internationale** (1919-1933) entstand aus den Ruinen der Zweiten und erarbeitete klare Trennlinien zwischen reformistischen und revolutionären Positionen, und baute Parteien auf, die ganz klar auf antikapitalistischen und antiimperialistischen Programmen basierten.

- Die **Vierte Internationale** (1938-1953) führte den Kampf für eine weltweite, revolutionäre Partei fort, nachdem die Dritte Internationale stalinisiert wurde und anfang, mit den herrschenden Klassen in Form von „Volksfronten“ zusammenzuarbeiten.

Jede von diesen Internationalen repräsentierte eine Weiterentwicklung des Programms für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse. Jede von ihnen basierte auf der Idee, dass die ArbeiterInnen ihr eigenes Programm und ihre eigene Organisation brauchen, unabhängig von allen anderen sozialen Klassen. Chávez dagegen schlägt eine Internationale vor, die auch Sektoren der kapitalistischen Klassen einbezieht. Seine eigene Partei, die **PSUV**, basiert auf dieser Art der Allianz zwischen ArbeiterInnen und „bolivarianischen“ KapitalistInnen³. Jetzt aber, aufgrund des gestiegenen imperialistischen Drucks und verbreiteter Unzufriedenheit, versucht er, dieses Multi-Klassen-Projekt zu internationalisieren. In diesem Sinne fällt sein Vorschlag politisch gesehen sogar hinter die Erste Internationale zurück – er schlägt also die Nullte Internationale vor.

Im letzten Jahr wurden viele Teile der internationalen Linken kritisch gegenüber

2. Es ist schwer zu sagen, wann genau die jeweiligen Internationalen geendet haben. Die Erste wurde 1876 aufgelöst. Die Zweite kollabierte mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, aber existierte weiter als Sozialistische Internationale – bis heute. Die Dritte Internationale wurde von Stalin 1943 aufgelöst, aber ihre Kapitulation vor dem Aufstieg des Faschismus in Deutschland machte schon 1933 unbestreitbar klar, dass sie nicht mehr länger eine revolutionäre Internationale war. Die Vierte Internationale existiert in vielen Teilen bis heute. Die erste grosse Spaltung war 1953, aber schon 1949 gab diese Internationale den Marxismus auf, indem sie sich dem jugoslawischen Stalinisten Tito anpasste.

3. Für unsere Analysen der **PSUV**, siehe: <http://www.revolution.de.com/themen/venezuela/pvus.html>

Chávez' Aussenpolitik, beispielsweise bei seiner Unterstützung für das Regime um Ahmadinedschad im Iran, dem Regime um Putin in Russland, oder der „kommunistischen“ Diktatur in China. Jedoch sind diese Allianzen keineswegs „Fehler“ die Chavez begeht (als ob er keine Zeitungen lesen würde!), vielmehr sind sie ein direkter Ausdruck von Chavez' eigener sozialen Basis. Es ist wird zwar von linken Medien wenig aufgenommen, aber die Venezolanische Regierung kann auch gegenüber der ArbeiterInnenbewegung repressiv vorgehen⁴.

Zehn Jahre nachdem Chávez die Macht übernommen hat, ist Venezuela noch immer ein kapitalistisches Land. Seine Regierung genießt die Unterstützung der armen Massen, aber auch die eines Flügels der venezolanischen Bourgeoisie, welcher die alten oligarchischen Strukturen in der Wirtschaft aufbrechen und somit eine industrielle Entwicklung herbeiführen will⁵. Dieser Sektor der Bourgeoisie möchte die historische Dominanz des US-Imperialismus in ihrem Land zurückzudrängen. Dies benötigt allerdings der Mobilisierung der ArbeiterInnen und Bäuerinnen/Bauern, mit möglichst kleinen materiellen Zugeständnissen und viel sozialistischer Rhetorik. Chavez' Regierung balanciert zwischen diesen zwei entgegengesetzten sozialen Kräften, welche in einer sehr wackeligen Allianz stehen, während sie die ganze Zeit das Privateigentum an Produktionsmitteln verteidigt.

Chávez' „Fünfte Internationale“, falls es denn wirklich dazu kommt, wird eine Reihe von kapitalistischen Parteien und sogar Regierungen zusammenbringen. (Wenn man auf die Liste der UnterstützerInnen schaut, findet man mindestens 12 Regierungen, die vertreten sind, und sogar einige Einparteien-Staaten!) Natürlich würde diese „Fünfte Internationale“ auch eine grosse Anzahl an ArbeiterInnen und Bäuerinnen/Bauern beinhalten, wie die **PSUV** auch. Aber die herrschende Klasse im Kapitalismus ist zahlenmässig unbedeutend. Fakt ist, dass eigentlich jede kapitalistische Partei auf der Welt eine Mehrheit von NichtkapitalistInnen als Mitglieder hat. Entscheidend um die Klassenzugehörigkeit einer Partei zu bestimmen ist nicht die soziale Zusammensetzung, sondern ihr Programm, ihre Führung und die Interessen die sie vertritt.

Es ist strukturell unmöglich, eine bürgerliche Partei (oder Internationale) in eine ArbeiterInnenpartei umzuwandeln – genauso wie auch ein bürgerlicher Staat sich durch

4. Beispiele finden sich bei den ArbeiterInnenprotesten in Sanitarios de Maracay und SIDOR, welche gewaltsam von der Polizei angegriffen wurden, oder bei der Metro de Caracas, welche von Chavez persönlich angegriffen wurde.

5. Ein Interview mit dem Venezolanischen Kapitalisten Alejandro Uzcátegui: <http://www.permanentrevolution.net/?view=entry&entry=2042>

1. Um die Liste zu sehen: „Ecos del Encuentro Internacional de partidos de Izquierda en Caracas.“ http://www.resumenlatinoamericano.org/index.php?option=com_content&task=view&id=1514&Itemid=6&lang=es

eine noch so kämpferische Rede nicht in ein sozialistischer umwandeln lässt. Der russische Revolutionär Leo Trotzki sprach sich in den 1920ern gegen die Pläne der StalinistInnen, die Chinesische Nationalpartei (Kuomintang) in eine Revolutionäre Partei umzuwandeln, aus:

Die StalinistInnen „haben sich eingebildet, dass man durch einfache Neuwahl auf den Parteitag der Kuomintang die Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats überführen kann. Kann man sich denn eine rührendere, idealistischere Anbetung der „Parteidemokratie“ in einer bürgerlichen Partei vorstellen? Die Armee, die Bürokratie, die Presse, das Kapital befinden sich doch in den Händen der Bourgeoisie. Deshalb und nur deshalb hat sie ja das Steuer der regierenden Partei in der Hand. Die bürgerliche „Spitze“ duldet und duldet die „Neunzehntel“ Linken – und was für eine Sorte von Linken – nur, soweit diese weder auf die Armee, die Bürokratie, die Presse, noch auf das Kapital Ansprüche erhoben. Mit diesen Machtmitteln hält die bürgerliche Spitze nicht allein die sogenannten Neunzehntel „linker“ Mitglieder der Partei in Schach, sondern auch die Volksmassen als Ganzes. Und die Theorie des Blocks der Klassen, die Theorie der Kuomintang als einer Arbeiter- und Bauernpartei, unterstützt dabei die Bourgeoisie aufs beste. Sobald aber die Bourgeoisie später wirklich mit feindlichen Massen zusammenstieß und sie niederkartätschte, da hat man bei diesem Zusammenstoß der beiden wirklichen Kräfte – der Bourgeoisie und dem Proletariat – nicht einmal einen Ton von den berühmten Neunzehnteln verlauten hören. Die armselige demokratische Fiktion muss vor der blutigen Wirklichkeit des Klassenkampfes spurlos verschwinden.“⁶

In diesem Sinne ist es fatal, dass einige

6. Leo Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Kapitel 10: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1928/kritik/teil3c.htm>

trotzkistische Tendenzen andeuten, dass Chávez' „Fünfte Internationale“ ein revolutionäres, sozialistisches Instrument zur Befreiung der Menschheit werden könnte. Die bürgerlichen Staaten hinter diesem Aufruf können nicht für den Kampf gegen genau das System, welches sie verwalten und verteidigen, gewonnen werden.

Die ArbeiterInnenklasse sollte jede fortschrittliche Massnahme einer populistischen Regierung gegen den imperialistischen Druck verteidigen, also gegen Putschversuche, Diffamierungen etc., wie dies die Massen in Honduras mit ihrem heroischen Kampf gegen den von den USA initiierten Putsch diesen Sommer gemacht haben – selbst wenn der abgesetzte Präsident ein Politiker der herrschenden Klasse war. Aber diese Art der antiimperialistischen Einheitsfront muss auf der absoluten politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse basieren, denn die bürgerlichen Kräfte werden immer Kompromisse mit dem Imperialismus einzugehen versuchen.

Das kann man an einem Beispiel ganz gut sehen, dass nämlich verschiedene lateinamerikanische Regierungen gegen den honduranischen Putsch verbal protestierten (Chávez' in Venezuela, Lula in Brasilien, Kirchner in Argentinien usw.), jedoch haben sie keine kontinentweite Mobilisierung organisiert, um das Putschregime zu stürzen. Der Grund dafür ist einfach: eine solche Mobilisierung hätte über den Kampf gegen diesen Putsch hinaus gehen können, und so womöglich die Stabilität der kapitalistischen Herrschaft im Allgemeinen gefährdet. Folglich fehlt es diesen „linken“ Regierungen auch nicht an einer Art Internationalen – es fehlt ihnen schlichtweg an politischem Wille!

An dem am Anfang erwähnten Treffen, zudem Chávez' im April 2010 nach Caracas einlud, könnte es vielleicht möglich sein, einen revolutionären Pol aufzubauen, der für eine unabhängige Politik der ArbeiterInnenklasse kämpft. Ein solcher Pol kann je-

doch nur dann erfolgreich sein, wenn er auf dem Verständnis basiert, dass es unmöglich ist, kapitalistische Parteien oder Staaten lediglich durch das Gewinnen von Wahlen in sozialistische zu verwandeln. Die einzige Möglichkeit, den Kapitalismus zu beenden, liegt in einer Revolution, angeführt durch die ArbeiterInnenklasse, und um dies zu erreichen, braucht unsere Klasse eine eigene Organisation.

Unsere Ablehnung Chavez' „Nullten Internationalen“ gegenüber ist keineswegs ein Dogma über Namen oder Traditionen. Eine neue Internationale muss auf den Traditionen der vier ArbeiterInnen-Internationalen basieren, vor allem auf der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse. Die ArbeiterInnenklasse braucht mehr als eine Internationale Struktur, ohne Rücksicht auf deren Klassencharakter oder deren Programm – wenn irgendeine Internationale ausreichen würde, dann würde die Sozialistische Internationale, welche immer noch existiert und Millionen Mitglieder hat und dutzende sozialdemokratische, bürgerliche Regierungen rund um die Welt stellt, locker genügen!

Chávez sagte einmal, auf ein bekanntes Mexikanisches Lied Bezug nehmend: „Das Fünfte kann nicht schlecht sein.“⁷ Als revolutionäre SozialistInnen müssen wir sagen, dass eine fünfte Internationale, gegründet von einer Allianz aus „linken“ kapitalistischen Parteien und Staaten, für die internationale ArbeiterInnenklasse wohl nichts Gutes wäre!

RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, Januar 2010

<http://www.onesolutionrevolution.org/?p=434&language=de>

7. „No hay quinto malo.“ Das lustige an diesem Zitat ist, dass es die Pointe des Songs darstellt, dass auch das Fünfte, natürlich, schlecht ist.

Thesen zu revolutionären Jugendorganisationen

Im Kapitalismus sind Jugendliche besonderen Formen der Unterdrückung ausgesetzt. Wir bekommen schlechte Jobs für wenig Lohn, wir leiden unter der Willkür von Eltern, LehrerInnen und MeisterInnen, wir werden an der Entfaltung unserer Sexualität gehindert, wir dürfen nicht wählen aber dafür in imperialistischen Kriegen in den Tod geschickt werden, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Diese Unterdrückung ist ein Produkt des Kapitalismus und deswegen kann sie nur durch den Sturz dieses Systems beendet werden.

Die besondere Unterdrückung führt zu einer besonderen Radikalität in der Jugend. Jugendliche sind keine Kinder mehr, aber sie sind auch keine Erwachsenen. Sie haben viele Pflichten und wenig Rechte. Jugendliche müssen sich viele für Erwachsene normale Rechte erkämpfen. Das macht sie sensibler für Ungerechtigkeiten und lässt sie vieles nicht einfach als gegeben hinnehmen. Die Jugend ist im Allgemeinen offener für gesellschaftliche Alternativen und ist noch nicht so tief in bürgerlichen Ideologien verwurzelt. Das hängt auch damit zusammen,

dass sie ihr ganzes Leben (und damit auch die langfristigeren Probleme) vor sich hat und so weniger leicht kapitulieren kann. Die Jugendphase ist die Phase, in der die Hinwendung zum revolutionären Sozialismus grundsätzlich leichter und entscheidender ist als in späteren Lebensphasen.

Die allgemeine Jugendunterdrückung reproduziert sich auch in der Linken. In jeder reformistischen Partei und leider auch in so mancher revolutionärer Gruppe sieht mensch, wie Erwachsene die Politik bestimmen, während Jugendliche die Plakate kle-

ben.

Aber auch in den letzten Jahren konnten wir immer wieder beobachten, wie Jugendproteste – die besten Beispiele sind die Proteste gegen das CPE-Gesetz in Frankreich, die Pinguin-Revolution in Chile und der Jugendaufstand in Griechenland – breite Massenmobilisierungen der ArbeiterInnen anstoßen können.

Die sogenannte globalisierungskritische Bewegung, die sich in Folge der Proteste gegen das WTO-Treffen in Seattle weltweit entwickelte, ist vor allem eine Jugendbewegung. Die Köpfe der Bewegung kommen von NGOs oder reformistischen Parteien und Gewerkschaften, aber die Hände und Füße der Bewegung sind radikale Jugendliche.

Die traditionelle Linke, d.h. die reformistischen Parteien und Gewerkschaften, ist unter Jugendlichen erstaunlich schwach. Die antikapitalistische Bewegung von heute ist ein Ausdruck davon, dass Jugendliche an dieser Linken und an der ArbeiterInnenbewegung vorbei aktiv geworden sind. Doch die Bewegung der Gipfel-Stürme und Sozialforen hat ihren Zenit überschritten und kommt nicht voran; das zeigt klar, dass letztendlich kein Weg zur Veränderung der Welt an der ArbeiterInnenklasse vorbeiführt.

Die vielen Jugendlichen der heutigen antikapitalistischen Bewegung müssen für den Klassenkampf, für die Perspektive der proletarischen Revolution gewonnen werden. Diese Aufgabe haben wir, die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION, uns in den letzten Jahren gestellt. Der Jugend, die mit Recht den Apparaten und Organisationen misstraut, haben wir angeboten, sich mit uns abseits von Reformismus und Bevormundung zu organisieren und selbst das politische Ruder in die Hand zu nehmen.

Die Losung der „vollständigen Unabhängigkeit der Jugendbewegung“, die schon Lenin vertreten hat¹, hat zwei Aspekte:

1) Jugendliche von den Organisationen des Reformismus brechen, indem man jede Art von Bevormundung und Bürokratismus strikt ablehnt.

2) Jungen AktivistInnen die Möglichkeit geben, selbst Verantwortung zu übernehmen, um aus eigenen Erfolgen und Fehlern zu lernen.

REVOLUTION arbeitete deshalb für den Aufbau einer vollständig unabhängigen, revolutionären Jugendbewegung. Während unserer Zeit als vollständig, d.h. auch politisch unabhängige Jugendorganisation haben wir festgestellt:

- Unsere zahlenmäßige Schwäche hat uns nie besonders sichtbar aus der großen Menge der Klein- und Kleinstgruppen weltweit herausragen lassen.

- Unsere klare Ausrichtung auf die proletarische Revolution und unser marxistisches Selbstverständnis hat in einer Zeit des niedrigen Klassenkampflevels der Gewinnung größerer Mengen von Jugendlichen entgegen-

gewirkt.

Denn der politische Kampf der radikalen Linken spielt sich heute hauptsächlich noch auf der Straße, abseits der Betriebe ab. So ist es nur allzu verständlich, dass die Anziehungskraft idealistischer, aktionistischer, oft anarchistischer Gruppen auf Jugendliche sehr groß ist. Auch der weit verbreitete Antikommunismus und die Legende vom Versagen des Sozialismus drängt die sich radikalisierenden Jugendliche nicht in unsere Richtung.

Daher war die intensive Diskussion mit Wenigen die inhaltliche Propaganda gegenüber der Jugend wirkungsvoller als der Fakt der absoluten Unabhängigkeit einer Jugendorganisation mit klar marxistischem Profil. Wir haben unsere Mitglieder fast ausschließlich über unser revolutionär-marxistisches Programm gewonnen und nicht über unsere vollständige Unabhängigkeit.

Immer haben wir betont: Der Aufbau einer unabhängigen revolutionären Jugendorganisation ist kein Selbstzweck. Es geht darum, unter der Jugend Kräfte für die Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu mobilisieren.

Unser erstes Ziel als marxistische Jugendliche ist eine revolutionäre Arbeiterpartei mit einer Verankerung in den Betrieben. Auf dieses Ziel arbeiten wir hin, auch wenn wir uns in die Jugendbewegung einbringen. Dieses Ziel stand für uns immer explizit über der Frage der Unabhängigkeit der Jugend. Wenn sich also die Möglichkeit einer Sammlung und Stärkung der revolutionär-kommunistischen Kräfte bietet, wäre es ein Fehler starr an der politischen Unabhängigkeit der Jugend festzuhalten.

Dennoch bleibt das Prinzip der Unabhängigkeit der Jugend in jedem Falle wichtig. Wir halten auch heute für richtig, was die Kommunistische Internationale 1921 schrieb: „Die ganze Geschichte der proletarischen Jugendbewegung in jedem Land zeigt, dass nur unabhängige, das heißt sich selbst verwaltende Jugendorganisationen kühne und entschlossene revolutionäre KämpferInnen und scharfsinnige Organisatoren der proletarischen Revolution und Rättemacht entwickeln.“² Junge AktivistInnen brauchen mehr als nur Theorie: sie brauchen Widerstandsgeist und Eigenständigkeit, die mensch nur im Kampf für die eigenen Ideen lernt (Gehorsam lernt man schon in Elternhaus, Schule und Betrieb). Autonome Jugendstrukturen, die selber über ihre Praxis und ihre politische Taktik bestimmen, sind die beste Schule für den revolutionären Kampf. Außerdem können sie weit besser unter der Jugend arbeiten, denn sie selbst erfahren deren spezifische Probleme am eigenen Leib und werden viel eher akzeptiert als ältere KommunistInnen, die leicht an Eltern, LehrerInnen und MeisterInnen erin-

2. „Thesen über die Jugendbewegung“, angenommen vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale im August 1920, veröffentlicht in „Unabhängigkeitserklärungen“, S. 17.

nern.

Jede Generation muss sich auf ihrem Wege dem Sozialismus nähern und junge AktivistInnen müssen die Möglichkeit haben, heute neue Ideen auszuarbeiten, statt nur fertige Formeln von den „Eltern“ zu übernehmen. Das bedeutet, dass eine Jugendorganisation Platz für breite Debatten zu allen politischen Fragen bieten muss. Wir Jugendlichen brauchen die Erfahrungen und Vorschläge der vorangehenden Generationen, aber auch den Raum, diese für uns zu verarbeiten.

Mit Blick auf den zweiten der beiden genannten Aspekte der leninschen Losung von der vollständigen Unabhängigkeit der Jugendbewegung, stellen wir fest, dass die organisatorische Unabhängigkeit also in fast jedweder Situation wichtig bleibt, während die politische Unabhängigkeit der Jugend in manchen Situationen eine unnötige Behinderung der Sammlung der bewussten Teile der ArbeiterInnenklasse darstellen kann.

In bestimmten Situationen, beispielsweise wenn die kommunistische Partei sehr schwach ist in einem linken Jugendverband eine Krise ausbricht, kann die Losung der vollständigen Unabhängigkeit aber höchste Bedeutung erlangen. So könnte eine revolutionär-kommunistische Jugendorganisation diesem Jugendverband, oder Teilen davon, ein ehrliches Angebot zur Schaffung eines gemeinsamen revolutionären Jugendverbandes auf der Basis absoluter Unabhängigkeit machen, und so den Kampf gegen den Reformismus und für den Marxismus entscheidend vorantreiben.

Um möglichst breite Kräfte unter der Jugend für ein revolutionäres Programm und eine entsprechende Organisation zu gewinnen, treten wir für die Schaffung einer revolutionären Jugend-Internationale ein. Das sehen wir, wie auch die Schaffung einer ArbeiterInnen-Internationale, nicht als ein kurzfristiges Projekt, das wir in den nächsten paar Monaten oder Jahren verwirklichen können – für uns ist das die strategische Ausrichtung auf die wir ständig hinarbeiten. Die Frage, ob eine vollständig unabhängige Jugendorganisation, oder eine revolutionäre Organisation ohne Jugendstruktur oder etwas zwischen diesen Polen das beste Werkzeug in diesem Kampf darstellt, ist letztendlich eine praktische Frage, die abhängig von den Bedingungen vor Ort entschieden werden muss. Die besondere Stellung der Jugend in der bürgerlichen Gesellschaft nicht anzuerkennen und ihre große Energie und die Kampfbereitschaft nicht einzubeziehen, wäre jedoch eine grobe Vernachlässigung im Kampf für den Sozialismus.

beschlossen von der: vierten Internationalen Konferenz der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION, September 2009

<http://www.onesolutionrevolution.org/?p=396&language=de>

1. Jugend-Internationale“ von W. I. Lenin, veröffentlicht in „Unabhängigkeitserklärungen“, S. 15.

Thesen zum Antiimperialismus

I. Kapitalismus in der Phase des Imperialismus

Seit seiner Entstehung hat sich der Kapitalismus immer weiter in der Welt verbreitet und ist mittlerweile in jeden von Menschen genutzten Winkel der Erde vorgedrungen. Diese Verbreitung vollzog sich jedoch nicht auf immer gleiche Weise sondern unterlag selbst einer Veränderung. Anfangs wurde der technische Fortschritt und mit ihm das neue industriell-geprägte Wirtschaftssystem in immer mehr Länder „exportiert“, die sich daraufhin selbst zu Industrienationen entwickeln konnten. Die am stärksten fortgeschrittenen Staaten konnten sich zu Großmächten aufschwingen, die, auf Grundlage ihrer Kolonialreiche, nach und nach den gesamten Globus unter sich aufteilten.

Die Kolonien dienten als billige Rohstoffquellen und neue Absatzmärkte für die KapitalistInnen, in deren Interesse die Kolonialmächte agierten. Den betroffenen Ländern wurde dadurch die Möglichkeit einer „gleichberechtigten“ Entwicklung genommen. Die wirtschaftlich übermächtige Konkurrenz hemmte das normale ökonomische Wachstum dieser Staaten maßgeblich. Jeder Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen ihre eigene Ausbeutung und den Raub der Bodenschätze wurde dabei blutig niedergemacht.

Durch den ökonomischen Zwang zu immer profitablerer Verwertung von immer mehr angehäuften Kapital reichte den entwickelten Ländern und ihren KapitalistInnen der Export von Waren in die Kolonien bald nicht mehr aus. Stattdessen gewann ab einem bestimmten Punkt der Kapitalexport mehr und mehr an Bedeutung. Dadurch vollzog sich zwar eine (unterschiedlich stark ausgeprägte) Industrialisierung in den Kolonien – allerdings in totaler Abhängigkeit von ausländischem Kapital (und dementsprechend ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung). Dies wiederum zementierte die bestehenden globalen Machtverhältnisse. Diese Entwicklung ging einher mit (und war zum Teil bedingt durch) einer verstärkten Monopolbildung. Aus einer Vielzahl einzelner, konkurrierender kapitalistischer Unternehmen entstanden im Laufe einiger Jahre große, weltweit agierende Konzerne.

Diese Stufe der kapitalistischen Entwicklung bezeichnen MarxistInnen als Imperialismus.

Dabei berufen wir uns vor allem auf W.I. Lenin, der dessen ökonomische Grundlagen 1917 in seiner Schrift „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ analysierte.

Obwohl es heute offiziell kaum noch Kolonien gibt, hat sich an den Abhängigkeits-

und Unterdrückungsmechanismen nichts grundsätzlich geändert. Die Mehrzahl der Länder in der Welt gehört zu den imperialisierten Ländern, die – mal mehr mal weniger stark – von Europa, den USA, Japan oder anderen „1. Welt“-Staaten wirtschaftlich abhängig sind. Am deutlichsten zeigt sich das Fortbestehen des Imperialismus aber in Form von Kriegen und Besetzungen, die immer dann zum Mittel der Wahl werden, wenn die Halbkolonien sich nicht mehr dem Diktat und den Interessen westlicher Regierungen und Konzerne unterwerfen wollen.

Die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse anderer Länder, sowie die Kontrolle über deren Bodenschätze ist für die imperialistischen Staaten ein wesentlicher Faktor zur Erhaltung ihrer Macht – und damit auch zur Stabilisierung des Kapitalismus insgesamt. Die imperialistische Hegemonie zu durchbrechen, ist deswegen ein wesentlicher Bestandteil unserer Strategie zur Überwindung des Kapitalismus.

Der Widerstand, der sich immer wieder in den Halbkolonien erhebt, muss deswegen unbedingt unterstützt werden.

Was aber sind die besten Strategien, mit denen wir – auch in Anbetracht unserer Möglichkeiten – dem Imperialismus entgegenzutreten können?

II. Zur Analyse imperialistischer Konflikte

a) Beliebte Lügen der ImperialistInnen

Die Regierungen der imperialistischen Staaten versuchen stets, ihre Kriege moralisch und ideologisch zu rechtfertigen. Sie geben vor, gegen den „internationalen Terrorismus“, gegen diktatorische Regierungen und für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ins Feld zu ziehen. Doch egal ob der „präventive“ Überfall der USA auf den Irak im Jahr 2003 oder die „Wiederaufbaumission“ der Bundeswehr in Afghanistan, egal, ob offener Krieg oder angebliche „humanitäre Hilfe“ – SoldatInnen werden entsandt, um kapitalistische Interessen durchzusetzen.

Wir müssen den scheinheiligen Rechtfertigungen offen entgegenzutreten und uns auf der Seite der Angegriffenen positionieren. Dies gilt auch für den Fall, dass es sich bei der Regierung des attackierten Landes tatsächlich um ein diktatorisches Regime handelt, möglicherweise auch eines, das seine eigene ArbeiterInnenklasse brutal unterdrückt.

Dann würden wir dieses Regime natürlich bereits vor und ebenso während des Krieges für seine Politik kritisieren.

An unserer prinzipiellen Positionierung gegen den Imperialismus und für den Sieg des imperialisierten Landes würde dies aber nichts ändern.

Das objektive Interesse der ArbeiterInnenklasse (und damit auch unseres) ist dem der imperialistischen Staaten stets entgegengesetzt – egal für welche hohen Ideale sie angeblich Krieg führen. In diesem Sinne gibt es absolut nichts vorteilhaftes an einem Sieg der imperialistischen Länder – auch der Sturz eines reaktionären Regimes durch eine „demokratische“ Großmacht ist nur auf den ersten Blick etwas fortschrittliches.

Ein erfolgreicher Krieg gegen eine Halbkolonie bedeutet für den imperialistischen Aggressor immer eine Stärkung und Festigung seiner Macht. Für die ArbeiterInnen der Halbkolonie bedeutet es zunächst Elend und Zerstörung und danach ein Leben in doppelter Unterdrückung – einerseits durch die „eigene“ Bourgeoisie, andererseits durch die ausländischen KapitalistInnen und ein pro-imperialistisches Marionettenregime.

Und auch die ArbeiterInnenbewegung der imperialistischen Zentren würde durch den Kriegserfolg „ihrer“ Regierungen eine Schwächung erfahren.

Der Sieg der unterdrückten Nation ist dagegen nicht nur das kleinere Übel, sondern kann historisch äußerst fortschrittliche Auswirkungen haben: Die Niederlage des Imperialismus könnte das Selbstbewusstsein der Unterdrückten im angegriffenen Land und weltweit gleichermaßen stärken. Die ArbeiterInnenklasse hätte nun eine bessere Ausgangssituation, um sich gegen ihre fortwährende Unterdrückung zu wehren: In der befreiten Halbkolonie könnte sie sich nach der Verdrängung des „äußeren Feindes“ mit gesamter Kraft gegen die eigenen KapitalistInnen richten. Die Niederlage der imperialistischen Regierung würde zudem den innenpolitischen Druck auf diese erhöhen und somit die Voraussetzungen für ihren Sturz verbessern.

b) Keine Gewalt ist auch keine Lösung

In imperialistischen Konflikten einen „neutralen“ oder „friedlichen“ Standpunkt einnehmen zu wollen, kann nicht funktionieren, und dem Klasseninteresse der ArbeiterInnen nur zuwider laufen.

Wer in einem ungleichen Kampf (wie dem der Halbkolonien gegen ihre „Kolonialherren“) von beiden Seiten einen Waffenstillstand und eine „friedliche Lösung“ einfordert, der übersieht, dass ein solcher „Frieden“ immer nur das Fortbestehen der systematischen Unterdrückung bedeutet – der Unterdrückung, unter der die imperialisierten Völker auch ohne Krieg oder direkte Besetzung zu leiden haben und gegen die sie sich berechtigterweise wehren wollen.

Der Widerstand der unterdrückten Völker – selbst wenn er in der Form eines „Angriffskrieges“ daherkäme – ist letztlich ein Akt der Selbstverteidigung. Antiimperialismus ist deswegen mehr als eine reine Antikriegshaltung. Er bedarf vor allem einer genauen Analyse der sozialen und ökonomischen Grundlagen und der historischen Bedeutung imperialistischer Konflikte. Dies ist mit einer rein pazifistischen Haltung nicht vereinbar, weil diese bei genauer Betrachtung nie fortschrittlich sein kann.

Auch wenn wir Kriege verabscheuen und als KommunistInnen eine Gesellschaft anstreben, die nicht – wie der Kapitalismus – immer wieder systematisch Kriege hervorruft, so müssen wir doch erkennen, dass es historisch fortschrittliche Kriege gibt: die der Unterdrückten gegen ihre Unterdrückten.

Wir können zwar im konkreten Fall die Art und Weise der Kriegsführung kritisieren (z.B. Angriffe auf ZivilistInnen), aber das grundlegende Recht zum Widerstand gegen den imperialistischen Würgegriff können wir den unterdrückten Nationen der Halbkolonien nicht absprechen. Und ebenso, wie der Sturz des Kapitalismus, kann auch die Befreiung von imperialer Herrschaft nicht friedlich von staten gehen – weil die KapitalistInnen ihre Macht niemals freiwillig aufgeben.

Auch deswegen spielt jede pazifistische Herangehensweise letztlich den Unterdrückten in die Hände.

c) Der Feind meines Feindes ...

Dass sich an unserer grundlegenden Befürwortung des Widerstandes nicht rütteln lässt, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir im Einzelfall sehr differenziert vorgehen müssen.

Dort, wo es nicht mehr nur um die Frage einer prinzipiellen, propagandistischen Unterstützung für antiimperialistische Befreiungskämpfe geht, sondern auch um direkte Mitwirkung kommunistischer Organisationen, bedarf es einer genauen Auseinandersetzung mit den am Widerstand beteiligten Kräften.

Egal wie weit die gesellschaftliche Entwicklung in einer Halbkolonie auch zurückgeblieben sein mag – es gibt auch dort (wie in jedem kapitalistischen Land) eine Spaltung in AusbeuterInnen und Ausgebeutete.

Durch den Imperialismus als gemeinsamen Feind können zwar Teile des Bürgertums und der ArbeiterInnen in einer breiten Front zusammen arbeiten und kämpfen (wie es in vielen nationalen Befreiungsbewegungen der Fall ist). Der grundsätzliche Gegensatz von Arbeit und Kapital wird dadurch aber keineswegs überwunden.

Die ArbeiterInnen lehnen sich wegen ihrer miserablen Lebensbedingungen auf und haben die Hoffnung, diese ein für alle mal zu verbessern. Die einheimischen KapitalistInnen geht es dagegen niemals um

die Abschaffung der Ausbeutung, sondern um eine Umgestaltung derselben zu ihren Gunsten. Statt das größte Stück vom Kuchen ausländischen Konzernen zu überlassen, wollen sie lieber selbst den Profit, den der Boden und die Arbeitskräfte des Landes abwerfen.

Um den Befreiungskampf mit Unterstützung der ArbeiterInnen führen zu können, bedienen sich die bürgerlichen Bewegungen nicht nur einfacher sozialer Floskeln sondern auch regelrecht klassenkämpferischer und sozialistischer Rhetorik.

Doch weder der venezolanische „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, noch irgendein „Islamischer Sozialismus“ bieten der Arbeiterklasse eine Perspektive. Sie dienen lediglich dazu, die Wut der Massen zu instrumentalisieren und im Zweifelsfall in seichtere Bahnen lenken zu können.

Eine Befreiungsbewegung, die nicht auch für den Sturz des Kapitalismus kämpft, kann zudem niemals konsequent antiimperialistisch sein, weil sich in einer vom Imperialismus dominierten Welt jeder kapitalistische Staat irgendwie mit diesem arrangieren muss. Da die mächtigen imperialistischen Staaten immer dazu in der Lage sind, die KapitalistInnen der Halbkolonien mit massivem wirtschaftlichem Druck oder Zugeständnissen und Privilegien auf ihre Seite zu ziehen, muss dies früher oder später zur Restauration pro-imperialistischer Verhältnisse führen.

Dementsprechend darf es auch kein „Etappenkonzept“ für die Halbkolonien geben, das zuerst eine (antiimperialistische) bürgerliche Revolution vorsieht und erst, wenn sich der neue Status stabilisiert hat, den Versuch einer sozialistischen Revolution wagen will.

Vielmehr muss Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“ auch auf rückständige Halbkolonien und deren Befreiungskampf angewandt werden. Das heißt, die Vertreibung der BesatzerInnen oder der Kampf gegen ein pro-imperialistisches StellvertreterInnen-Regime muss nahtlos bis zu einer sozialistischen Revolution fortgeführt und durch sie vollendet werden.

III. Die Antiimperialistische Einheitsfront

Auf der Suche nach einem Konzept für die Revolution in rückständigen und kolonialisierten Ländern entwickelte die III. Internationale Anfang der 1920er Jahre die Taktik der „Antiimperialistischen Einheitsfront“.

Damals, ebenso wie heute, stand mensch vor dem Problem, dass in den (Halb-)Kolonien der Widerstand oftmals von bürgerlichen Kräften dominiert wurde, die aber große Teile des Proletariats hinter sich bringen konnten.

Dies lag einerseits an der wirtschaftlichen Rückständigkeit dieser Länder, wodurch bäuerliche und kleinbürgerliche Schichten

eine viel größere Rolle spielten als die nur schwach entwickelte ArbeiterInnenklasse. Andererseits sind die imperialistischen Mächte auch meist darauf bedacht, die ArbeiterInnenbewegung in ihren Kolonien möglichst klein zu halten und jeglichen Aufruhr im Keim zu ersticken.

Analog zur Antifaschistischen ArbeiterInnen-Einheitsfront, bei der kommunistische und reformistische Organisationen ein, auf einen bestimmten Zweck gerichtetes Bündnis eingehen konnten, sollte die Antiimperialistische Einheitsfront ein taktisches Bündnis zwischen KommunistInnen und bürgerlichen, national-revolutionären Kräften darstellen.

Aus unserer Sicht gibt es zwei zentrale Ziele, die durch diese Taktik erreicht werden sollen:

Einerseits natürlich die Bündelung aller antiimperialistischen Kräfte zu einer gemeinsamen Front, um einem starken Feind mehr entgegensetzen zu können. Dabei geht es aber nicht ausschließlich um ein militärisches Bündnis, sondern auch um gemeinsame Demonstrationen, Streikaufrufe und andere Aktionen.

Bei einem solchen Zusammenschluss von Organisationen unterschiedlicher Klassen, ist immer zu bedenken, dass spätestens nach dem Erreichen des gemeinsamen Zieles, die Grundlage für die Zusammenarbeit verschwindet und die unterschiedlichen Interessen in den Vordergrund treten.

Deswegen ist das zweite wichtige Ziel der Einheitsfront-Taktik die Schwächung der bürgerlichen Bündnispartner zu Gunsten der kommunistischen Kräfte. Durch propagandistische Arbeit, sowie durch alternative Aktionen und Aktionsvorschläge im Rahmen der Einheitsfront soll den beteiligten ArbeiterInnen deutlich gemacht werden, dass KommunistInnen die konsequenteren AntiimperialistInnen sind und nur eine sozialistische Perspektive wirkliche Befreiung verspricht.

Eine solche Zusammenarbeit, die den kommunistischen Kräften echte Vorteile bietet, kann jedoch nur unter ganz bestimmten Bedingungen funktionieren, die gleichzeitig auch die grundlegenden Voraussetzungen für das Zustandekommen einer Einheitsfront bilden:

Es muss jederzeit die politische und programmatische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenbewegung gegeben sein.

KommunistInnen muss es möglich sein, die eigenen Positionen auch bei gemeinsamen Aktionen zu propagieren und die ArbeiterInnen unter ihrem eigenen Banner zu organisieren.

Das Ausrufen einer Einheitsfront zwischen bürgerlich-revolutionären und kommunistischen Gruppen kann überdies nur dann sinnvoll sein, wenn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse es zulassen. Eine kleine kommunistische Propagandagruppe ohne echten Rückhalt in der ArbeiterInnenklasse hat einer starken national-revolu-

onären Bewegung wenig anzubieten und wird bestenfalls ignoriert, schlimmstenfalls niedergemacht.

Haben die bürgerlichen Kräfte ihrerseits keine nennenswerten Teile des Proletariats hinter sich geschart, lohnt sich das Bündnis für KommunistInnen kaum und verhilft eher der bürgerlichen Seite zu mehr Beachtung und Stärke.

Es kann also festgehalten werden, dass die Einheitsfront-Taktik ein nützliches Instrument sein kann, dass aber nur innerhalb klar umgrenzter Rahmenbedingungen zum Einsatz kommen sollte.

IV. Imperialismus in Deutschland und Europa bekämpfen!

Als AktivistInnen in Deutschland oder anderen imperialistischen Zentren Europas haben wir natürlich keinen direkten Einfluss auf die Befreiungskämpfe der Halbkolonien. Dennoch können auch wir etwas dazu beitragen, den antiimperialistischen Widerstand zumindest indirekt zu unterstützen.

Zuallererst gilt es, die scheinheilige und rassistischen Propaganda der imperialistischen KriegstreiberInnen als solche zu entlarven und die eigentlichen Hintergründe deutscher, europäischer oder nordamerikanischer Militäreinsätze aufzuzeigen, ebenso wie die wirtschaftlichen Mechanismen der Ausbeutung und Unterdrückung sogenannter „3.Welt“-Staaten.

Wir sollten außerdem Demonstrationen, Streiks und andere Aktionen unterstützen, die es „unserer“ Regierung bestenfalls unmöglich machen, imperialistische Kriege auch nur indirekt zu unterstützen.

Dabei sollten unsere Anstrengungen immer darauf ausgerichtet sein, die Solidarität zwischen der europäischen ArbeiterInnenklasse und der in angegriffenen Ländern zu fördern. Diese kann von ganz praktischer Relevanz sein, wenn zum Beispiel Truppen oder Waffenlieferungen nicht mehr ihren Bestimmungsort erreichen, weil europäische HafendarbeiterInnen streiken oder andere Blockadeaktionen durchgeführt werden.

Angesichts der stetigen Aufrüstung Deutschlands und des erheblichen Anstiegs seiner weltweiten Kriegseinsätze in den letzten 20 Jahren, hat Karl Liebknechts Ausspruch „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Trotz der militärischen Sonderstellung der USA müssen wir besonderes Augenmerk auf die Bundeswehr richten. Wo es uns möglich ist, können wir ihre Rekrutierungsversuche an Schulen, Messen und Arbeitsämtern sabotieren und ihr langsam bröckelndes Image als „Friedensarmee“ weiter demontieren.

Ebenso sollten wir die Aufstellung einer europäischen Armee unter dem Etikett der

„gemeinsamen Außenpolitik“ im Blick behalten. Dazu gehört auch die Militarisierung der europäischen Außengrenzen, insbesondere im Mittelmeerraum, über den jedes Jahr tausende Flüchtlinge aus Afrika versuchen, dem Elend ihrer Heimatländer zu entgehen, wobei dieses überhaupt erst durch die Politik der reichen Länder entstanden ist.

Riesige, militärisch gesicherte Grenzzäune, Gefangenenlager für ankommende Flüchtlinge und die europäische „Grenzschutz“-Truppe FRONTEX sind dabei nur die deutlichsten Zeichen einer insgesamt rassistischen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa. Diese gilt es ebenfalls anzuprangern und zu bekämpfen.

Gerade hierbei, aber auch bei allen anderen antiimperialistischen Protesten, ist es wichtig, vor allem auch MigrantInnen mit einzubeziehen, die sich selbst – direkt oder indirekt – von der aggressiven und unterdrückerischen Politik der westlichen Staaten betroffen fühlen. Zu diesem Zweck sollten wir auch bereit sein, in einem begrenzten Rahmen Bündnisse mit weniger fortschrittlichen, bürgerlichen oder teilweise auch reaktionären Gruppen einzugehen, d. h. die Einheitsfront-Taktik auch hierzulande anzuwenden, mit einem Fokus auf gemeinsame Protestaktionen.

Natürlich ist es auch dabei unser Ziel, ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendliche für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen und die bürgerlichen Kräfte zu schwächen.

Das macht allerdings nur Sinn, wenn es um Gruppen geht, die nennenswerten Rückhalt in den genannten Bevölkerungsgruppen haben. Es gelten also ganz ähnliche Bedingungen und Voraussetzungen, wie bei der „richtigen“ antiimperialistischen Einheitsfront.

V. Bedeutung anti-imperialistischer Kämpfe

Auch wenn über ihre konkrete zukünftige Rolle nur Spekulationen möglich sind: Fest steht, dass die antiimperialistischen Kämpfe weltweit eng mit der Zukunft des globalen Kapitalismus verknüpft sind.

Wir sollten nicht glauben, dass die ungleiche Machtverteilung es unmöglich macht, den Anstoß für eine sozialistische Weltrevolution in einem der unterdrückten Länder zu geben. Die Kämpfe der ArbeiterInnen in den imperialistischen Zentren können zwar potentiell weitaus gefährlicher für die Herrschenden sein, entsprechend viel wird aber auch getan, um sie ruhig zu stellen und von einer internationalistischen, sozialistischen Perspektive fernzuhalten.

Deswegen aber gleich auf das komplette Gegenteil zu schließen, nämlich, dass ausschließlich die Befreiungsbewegungen in den Halbkolonien ernstzunehmenden

Widerstand gegen den Imperialismus leisten könnten, wäre ebenso falsch. Vor allem, weil mensch bei dieser Herangehensweise Gefahr läuft, den Antiimperialismus zum Selbstzweck zu verklären, die grundlegenden Klassengegensätze zu verkennen und die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution aus den Augen zu verlieren.

Letztlich ist die Überwindung des Kapitalismus und mit ihm des Imperialismus in allen Ländern gleichermaßen notwendig. Jeder Sieg, der dabei an einem Ort errungen wird, kann die Ausgangslage für jeden zukünftigen Kampf verbessern und ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung.

beschlossen von der bundesweiten Konferenz von REVOLUTION Germany, Februar 2009, nach einem Entwurf von Tom Hirschfeld

<http://www.revolution.de.com/revolution/0902/konferenz/antiimperialismus.htm>

Was ist demokratischer Zentralismus?

Schon bei dem Begriff "Demokratischer Zentralismus" denken viele an das Politbüro der KPdSU und an den Kadavergehorsam der stalinistischen Parteien. Trotz dieser Assoziation verteidigen wir von REVOLUTION den Begriff und das dahinter steckende Prinzip, weil wir darin das genaue Gegenteil zum Stalinismus sehen¹.

Was ist demokratischer Zentralismus?

Im Statut von REVOLUTION Germany heißt es: "Demokratischer Zentralismus ist die Organisationsgrundlage der gesamten Arbeiterbewegung. Wenn beispielsweise eine Betriebsversammlung nach einer demokratischen Diskussion die Entscheidung fällt, in den Streik zu treten, müssen alle diese Entscheidung umsetzen. Wer das nicht macht, ist ein Streikbrecher. Erst nach der Aktion kann wieder darüber diskutiert werden."

Demokratischer Zentralismus bedeutet, nach einer weit verbreiteten Definition, "Freiheit in der Diskussion, Einheit in der Aktion". Also: vor einer Aktion soll es eine möglichst breite Diskussion geben – aber sobald eine Entscheidung gefallen ist, sollen alle die Aktion unterstützen.

Aber wie hat sich dieses Konzept entwickelt? Der Begriff wurde von der Kommunistischen Internationale popularisiert, aber das Konzept existierte schon lange vorher – die allgemeine Idee wird beispielsweise in den Statuten vom Bund der Kommunisten (1848) oder der Ersten Internationale (1864) dargelegt.

Eine Illusion unter Mächtigen-LeninistInnen ist, dass die Spaltung in der Russischen Sozialdemokratie zwischen Bolschewiki und Menschewiki im Jahr 1903 auf die Frage des demokratischen Zentralismus zurückzuführen sei. Aber die Iskra-Gruppe, aus der beide Fraktionen hervorgingen, unterstützte einheitlich den demokratischen Zentralismus. Dieses Konzept war auch eine Grundlage der Wiedervereinigung beider Fraktionen im Jahr 1906.

Demokratischer Zentralismus bedeutete damals, in erster Linie, die Idee einer einheitlichen Partei im gesamten russischen Reich, statt besonderer Parteien für verschiedene Nationalitäten oder Regionen. Das Prinzip

1. Dieser Artikel wurde im Dezember 2006 für die Diskussion innerhalb von REVOLUTION verfasst, kurz nach dem Bruch mit unserer ehemaligen Mutterorganisation – der LFI –, die uns unter anderem vorwarf, demokratischen Zentralismus abzulehnen. In Wirklichkeit unterstützen wir demokratischen Zentralismus, aber lehnen ihre bürokratische Karikatur dessen entschieden ab. Der Artikel wurde ein Jahr später in etwas überarbeiteter Form von der internationalen Koordinierung von Revo veröffentlicht.

"ein Staat – eine Partei" musste durchgesetzt werden, denn eine revolutionäre Organisation im zaristischen Russland hatte als Gegner einen zentralisierten Staatsapparat.

Aber auch die Bolschewiki erkannten die Notwendigkeit einer gewissen Autonomie für lokale Parteiorganisationen oder sprachliche und nationale Gliederungen innerhalb der Partei, und wollten ausdrücklich kein Zentralkomitee, das sich wegen Kleinigkeiten in lokalen Organisationen einmischte².

Zwischen Menschewiki und Bolschewiki gab es große Differenzen, vor allem über den Charakter der kommenden russischen Revolution und die Art von Partei, die sich aus dieser Charakterisierung ergab. Aber das zeigt, dass demokratischer Zentralismus sehr unterschiedlich aufgefasst werden kann.

Was ist demokratischer Zentralismus nicht?

Wenn wir auf die englischsprachige Wikipedia schauen, finden wir im Artikel über demokratischen Zentralismus das folgende Zitat: "Wenn alle Mitglieder einer Partei die Parteilinie gegenüber der Öffentlichkeit vertreten, wird es viel schwieriger für staatliche Agenten sein, einen falschen Konflikt von außerhalb zu schüren"³. Wer hat das nun gesagt? Lenin? Trotzki? Nein, die – selbst für maoistische Verhältnisse – wahnsinnige "MIM"⁴.

Dieser "Monolithismus", d.h. die Vorstellung, dass eine kommunistische Partei nur mit einer Stimme zu sprechen hat, entstand nicht 1903, sondern 1925, mit der "Bolschewisierung" der Kommunistischen Internationale unter ihrem Präsidenten Sinowjew. Die österreichische Sinowjewistin Ruth Fischer brachte dieses Konzept gut zum Ausdruck: "Dieser Weltkongress soll nicht zulassen,

2. Lenin schrieb gegenüber dem jüdischen Bund: "die Regeln, die im Jahr 1898 beschlossen wurden, geben der jüdischen Arbeiterbewegung alles, was sie braucht: Propaganda und Agitation auf Jiddisch, ihre eigene Literatur und Kongresse, das Recht, besondere Forderungen zu erheben, um ein einziges allgemeines sozialdemokratisches Programm zu ergänzen und den lokalen Bedürfnissen und Anforderungen, die sich aus den Merkmalen des jüdischen Lebens ergeben, gerecht zu werden." Aus: Lenin: Does the Jewish Proletariat Need an "Independent Political Party"? <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1903/feb/15.htm>

3. http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic_centralism

4. "If all members of a party uphold the party line to the general public it will be much more difficult for agents of the state to create false conflict from the outside." Aus: Maoist Internationalist Movement: Democratic Centralism. MIM Notes 51. April 1991. <http://www.etext.org/Politics/MIM/wim/democent.html>

dass die Internationale zu einem Sammelbecken aller möglichen Strömungen wird"⁵.

So wurde die Stalinisierung der Komintern eingeleitet: Früher gab es unterschiedliche Strömungen, die auf den Weltkongressen – vor den Augen des internationalen Proletariats – debattierten, um die Strategie der Weltpartei auszuarbeiten. Aber nach der "Bolschewisierung" gab es nur noch die unfehlbare Linie der Führung.

Dieser "bürokratische Zentralismus" wurde von den StalinistInnen in die Arbeiterbewegung eingeführt. Diese Tradition wurde von den K-Gruppen (den maoistischen Sektoren der 70er) neu aufgegriffen und unter ihrem Einfluss auch von verschiedenen Zweigen des Troztkismus übernommen. Typisch für viele troztkistische Strömungen heutzutage ist eine Vorstellung von "Demozent", wonach jedes Mitglied ausschliesslich die offiziellen Positionen der Gruppe zu vertreten hat. Lautet die klassische Definition von demokratischem Zentralismus: "Freiheit in der Diskussion, Einheit in der Aktion"; haben wir es hier mit der Ergänzung: "Einheit in der Aktion – und im Reden" zu tun.

Die verheerenden Folgen dieser Methode liegen auf der Hand: eine geschlossene "Linie" kann vielleicht helfen, bestimmte Positionen fließbandartig in die Arbeiterklasse zu transportieren. Aber es behindert die Entwicklung eben dieser Positionen in der Auseinandersetzung mit bzw. in der Arbeiterbewegung.

Dahinter steckt die arrogante Haltung, die Arbeiterklasse könnte die Debatten innerhalb einer revolutionären Organisation sowieso nicht verstehen und müsste mit fertigen Formeln beliefert werden. Lenin, im Gegenteil, forderte "Licht, Licht und mehr Licht!" über die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der revolutionären Partei, auch wenn sie in der Illegalität arbeiten musste.

Um den wissenschaftlichen Anspruch des Marxismus gerecht zu werden, muss er sich auf eine wissenschaftliche Methode stützen, d.h. eine kritische Überprüfung der Beweise und der Ergebnisse durch andere WissenschaftlerInnen ermöglichen. Schade um die Mühen des Physik-Lehrers, der seine SchülerInnen die Formel "e=mc²" auswendig lernen lässt, ohne jemals zu erklären was "e", "m" oder "c" bedeutet. Schade um die Mühen des Marxisten, der der Arbeiterklasse erklären möchte, dass eine kapitalistische Krise bevorsteht, ohne die politische Debatte, die ihm zu diesem Ergebnis geführt hat, offen zu legen!

Auch Engels polemisierte gegen die Vor-

5. "This world congress should not allow the International to be transformed into an agglomeration of all sorts of trends." Zitiert in: Isaac Deutscher: The Prophet Unarmed. Trotsky 1921-1929. Oxford 1987. S. 146-147.

stellung des Anarchisten Bakunin, dass eine revolutionäre Organisation auf der "Einheit der Gedanken und des Handelns" basieren sollte: "Einheit der Gedanken und des Handelns heißt weiter nichts als Orthodoxie und blinder Gehorsam. Kadavergehorsam. Wir befinden uns mitten in der Gesellschaft Jesu."⁶

Wie sieht demokratischer Zentralismus aus?

Demokratischer Zentralismus muss vor allem als ein lebendiger Prozess verstanden werden. Ein "Demozent", in dem sich eine allmächtige Parteiführung regelmässig auf Kongressen akklamieren lässt und sonst für die Parteimitglieder unkontrollierbar ist, ist eine Erfindung der StalinistInnen. Echter demokratischer Zentralismus erfordert einen ständigen Austauschprozess in der gesamten Organisation.

In jeder Organisation oder Bewegung wird es unterschiedliche Ansichten und Perspektiven geben. Zuerst muss versucht werden, die Positionen zu synthetisieren, d.h. durch Debatte zusammenzuführen. Gelingt das nicht (wegen Zeitmangel, oder weil die Positionen in direktem Widerspruch zueinander stehen), müssen Entscheidungen per Mehrheitsabstimmung getroffen werden. Eine Kampforganisation kann nicht jede Entscheidung beliebig lange aussetzen, bis alle Differenzen vollständig ausgeräumt sind – nicht nur, um im Klassenkampf zu intervenieren, sondern auch, um die Mehrheitspositionen in der Praxis auszutesten.

"Einheit der Aktion" bedeutet ein geschlossenes Handeln auf Demonstrationen, beim Verteilen von Flyern, beim Kleben von Plakaten, bei öffentlichen Reden usw. Aber gilt das gleiche für Propaganda, d.h. in der Presse und auf den Veranstaltungen der Organisation? Lenin erklärte dazu:

"Das Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Autonomie für lokale Organisationen bedeutet universelle und volle Freiheit der Kritik, so lange diese nicht die Einheit einer bestimmten Aktion stört: es schliesst jede Kritik aus, die die Einheit einer Aktion, die von der Partei beschlossen wurde, stört ... Kritik im Rahmen der Prinzipien

6. K. Marx, F. Engels: Ein Komplott gegen die IAA. 1873. MEW 18. S. 346. ("Die Gesellschaft Jesu" ist auch eine Bezeichnung für den Mönchsorden der Jesuiten.)

des Parteiprogramms muss ziemlich frei sein ... nicht nur auf Parteitreffen sondern auch auf öffentlichen Veranstaltungen"⁷.

Darüber hinaus muss es für eine Minderheit in einer Organisation möglich sein, die Mehrheit zu werden. Das ist aber von vorne herein ausgeschlossen, wenn es einer solchen Minderheit verboten wird, ihre Positionen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, denn in diesem Fall würden nur Leute der Gruppe beitreten, die mit den Gruppen(mehrheits)-Positionen übereinstimmen.

Eine revolutionäre Organisation, auch eine winzige, macht aber nicht nur Propaganda. Sie muss in die tagtäglichen Kämpfe der Klasse eingreifen, um sie voranzutreiben und mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden. Dafür bedarf es einer Struktur – einer Leitung –, die von Minute zu Minute Entscheidungen treffen kann. Die Mitglieder sollen diesen Entscheidungen Folge leisten. Aber eine Leitung, der gefolgt werden soll, muss zuvor von den Mitgliedern gewählt und jederzeit abwählbar sein; sie muss so breit wie möglich sein, so offen wie es die Sicherheitsbedingungen zulassen, so überprüfbar wie die Mitglieder es fordern. Denn eine Leitung, die mehr Autorität zu gebrauchen versucht, als sie tatsächlich verdient hat, kann schnell die Organisation zerstören. Wie Leo Trotzki erklärte:

"Eiserne, stählerne Disziplin ist absolut notwendig, aber wenn der Apparat einer jungen Partei solch eiserne Disziplin am ersten Tag zu verlangen beginnt, kann er die Partei verlieren. Es ist nötig, Vertrauen in die Partei allgemein zu bilden, weil die Leitung nur ein Ausdruck der Partei ist..."⁸.

7. "The principle of democratic centralism and autonomy for local organisations implies universal and full freedom to criticise so long as this does not disturb the unity of a definite action: it rules out all criticism which disrupts or makes difficult the unity of an action decided on by the party ... criticism within the limits of the principles of the party programme must be quite free ... not only at a party meetings but also at public meetings." Zitiert in: Paul Le Blanc: Lenin and the Revolutionary Party. New Jersey 1990. P. 128.

8. L.D.Trotsky. Toward a Revolutionary Youth Organisation". Writings. 1938-9. New York 1974. P.121-2.

Einige Schlussfolgerungen

Demokratie und Zentralismus sind zwei Seiten einer Medaille: Ein zentralistisches Modell ist nur umsetzbar durch ein hohes Maß an politischer Einheit, die wiederum nur durch demokratische Entscheidungsfindung zu erlangen ist.

Unterschiedliche Situationen erfordern ein unterschiedliches Verhältnis zwischen Demokratie und Zentralismus. Auf einer Konferenz herrscht reine Demokratie; Auf einer Demonstration ist strenger Zentralismus die Regel. Aber selbst eine Konferenz wird zentralistisch, wenn die Entscheidungen getroffen und ausgeführt werden; Selbst eine Demonstration wird demokratisch, wenn sie hinterher bewertet und die nächste Demonstration geplant wird.

Dieses flexible Verhältnis lässt sich auch auf historische Perioden übertragen: eine revolutionäre Organisation, die unter einem faschistischen Regime arbeitet, muss fast im militärischen Sinne zentralistisch sein. Aber in einer Periode der bürgerlichen Demokratie kann ein hohes Mass an Demokratie ermöglicht werden. Demokratischer Zentralismus ist eben kein System von ewigen Regeln, sondern eine allgemeine Methode, die der Situation der Organisation und der Gesellschaft insgesamt angepasst werden muss.

Wir von REVOLUTION haben für diese Situation ein einfaches Modell etabliert: die Mitglieder müssen nicht unbedingt an allen Aktionen der Gruppe teilnehmen, aber sie verpflichten sich, keine Aktionen zu stören, die von der Mehrheit der Gruppe beschlossen wurden. Wichtiger ist, dass Mitglieder an allen politischen und strategischen Diskussionen teilnehmen, denn demokratischer Zentralismus ist in erster Linie ein gemeinsames Verständnis der Aufgaben für RevolutionärInnen.

Deshalb bleibt demokratischer Zentralismus die einzige Organisationsform für KommunistInnen, trotz der Versuche der StalinistInnen und mancher TrotzkiistInnen, dieses Konzept durch den Dreck zu ziehen.

REVOLUTION, 20. Dezember 2007

<http://www.onesolutionrevolution.org/?p=145&language=de>